Angehörigen Info

C 10190 27.7.2001 Preis: 3,00 DM 248

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD



















Genua

Entfesselung der bewaffneten Staatsmacht

200 000 Menschen versammelten sich am Samstag, den 21. Juli, in Genua, um während des G8-Gipfeltreffens ihren Protest gegen die Globalisierung, das heißt die Entfesselung des kapitalistischen Weltmarktes, mit all ihren Folgen zu demonstrieren. Die Strategie der Berlusconi-Regierung und ihrer paramilitärisch organisierten Polizei zielte von Beginn darauf, den Widerstand buchstäblich zu zerschlagen. Und so fällt die Bilanz dieser Strategie äußerst blutig aus: Ein junger Mann, Carlo Giuliano, wurde getötet, eine Demonstrantin lebensgefährlich verletzt, ca. 500 Menschen zum Teil schwer verletzt, eine große Anzahl verhaftet. Es wird noch länger dauern, bis die Erfahrungen und Berichte ausgewertet sind. Doch jetzt schon steht fest, dass die Brutalität der bewaffneten Staatsmacht einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Die Demonstranten wurden mit Tränengas, Nebelgranaten, Gummigeschossen angegriffen. Menschen wurden wahllos zusammengeknüppelt, selbst wenn sie schon am Boden lagen. Die Polizisten, viele in Zivil, veranstalteten regelrechte Hetzjagden und schlugen gezielt auf Köpfe und in die Gesichter. Vom Sturm auf zwei Schulen veröffentlichen wir einen ausführlichen Bericht.

Auch mit der Verhaftung endete die polizeiliche Gewaltorgie nicht. Es gibt zahlreiche Berichte von Schlägen und Folterungen auf den Polizeiwachen. Noch nach Tagen waren viele der Festgenommenen vermisst. Das Auswärtige Amt teilte am 24. Juli mit, dass es von 68 Verhafteten aus der BRD wisse. Indymedia-Mitarbeiter befürchten, dass die Gefangenen immer noch gefoltert werden. Am Morgen des 26. wurde bekannt, dass über 30 Personen nach einem Haftprüfungstermin entlassen wurden.

In ganz Europa und auch in vielen große und kleinen Städten der BRD fanden in der Woche nach dem Gipfel Protestdemonstrationen statt. Wir veröffentlichen auf den folgenden Seiten einen Redebeitrag von einer Demonstration in Frankfurt. *Red.*

Überfall auf die Schule Diaz

Eine Delegation besuchte gestern das Frauengefängnis in Vercelli. Auch dort wird von Misshandlungen berichtet.

Am Samstag, den 21.7.2001 um 23.56 Uhr, haben Sondereinheiten der Carabinieri und der italienischen Polizei (ca. 200 Beamte) die Schule Diaz, in der GegnerInnen des G8-Gipfels übernachteten, gestürmt. Die Polizeibeamten haben eine Seitentür eingeschlagen und sind mit lautem Gebrüll in das Gebäude gestürmt. Sekunden später konnten Leute vom gegenüberliegenden Independent Media Center lautes Geschrei vernehmen. Die in der Schule Anwesenden wurden brutal zusammengeschlagen und





schließlich alle verhaftet.

Ein Großteil der Leute in der Schule wurde von SanitäterInnen auf Bahren hinausgetragen. Sie waren schwer verletzt und blutbeschmiert, viele hatten Kopfverletzungen. Einige waren bewusstlos. Die allerwenigsten waren noch in der Lage zu laufen. Im Gebäude selbst wurde alles verwüstet, die 5 Computer kaputtgeschlagen, sämtliches Gepäck ausgeschüttet, Geld und Reiseausweise sowie Kameras etc. geklaut. Nachdem alle in Krankenhäuser und Knäste abtransportiert worden waren, wurde bei der Besichtigung des Gebäudes überall Blut gefunden. Blut zwischen den Schlafsäcken, Blut auf den Klos, Blut im Treppenhaus. Überall, wo die Polizei Leute erwischt hat, die noch zu fliehen versucht haben, wurden sie auf der Stelle zusammengeschlagen und misshandelt. Mehrere Personen wurden lebensgefährlich verletzt.

Nach Presseangaben vom Sonntag wurden in der Schule 66 Personen festgenommen, 50 davon verletzt.

Heute wird berichtet, dass bei der gesamten Operation 93 Personen festgenommen wurden, das schließt auch die Leute ein, die sich in den umliegenden Strassen oder vor der Schule aufhielten.

15 ItalierInnen wurden freigelassen. Die verbleibenden 78 Personen aus unterschiedlichen Ländern sind noch in Haft.

Nach Angaben einer Krankenhausangestellten aus dem San Martino Krankenhaus in Genua waren die Verletzten in einem unvorstellbaren, furchtbaren Zustand. Sie berichtete von multiplen und komplizierten Frakturen, eingeschlagenen Schädeln und ausgeschlagenen Zähnen. Viele befanden sich in einem Schockzustand, waren kreidebleich, kaum ansprechbar und hatten Angst, überhaupt berührt zu werden. Nach ihren eigenen Angaben hatte sie so etwas noch nie erlebt oder gesehen.

Wir wissen sicher von Eltern, die vom Auswärtigen Amt informiert wurden, dass in einem Fall ein Mann an der Schädeldecke operiert werden musste. Inzwischen muss er nicht mehr künstlich beatmet werden. In einem anderen Fall wurden die Eltern informiert, dass sich ihr Sohn nicht mehr in Lebensgefahr befindet. Mehr Informationen wurden den Eltern nicht gegeben.

Einer anderen Person, einem Briten, wurden die Rippen gebrochen, was zu schweren Lungenverletzungen führte.

Es gibt bisher keine gesicherten Informationen über den Verbleib aller in der Schule Verhafteten.

Bei vielen Leuten ist immer noch nicht klar, wo sie sich befinden, im Krankenhaus oder im Gefängnis. Viele wurden auch zuerst ins Krankenhaus und danach ins Gefängnis gebracht. AnwältInnen durften bisher niemand sehen, die Krankenhäuser gleichen Polizeifestungen, niemand durfte rein. Der Schwester eines Schwerverletzten wurde gestern (23.7.) Abend der Krankenbesuch verweigert.

Am 23.7. besuchte eine Delegation, bestehend aus dem Europaabgeordneten Luigi Vinci von der Partei Rifondazione Comunisti, einem Mitglied eines Sozialen Zentrums aus Mailand sowie einer Dolmetscherin aus Deutschland, den Frauenknast in Vercelli. Wir geben hier einen Bericht der Dolmetscherin wieder:

Von den verhafteten Frauen aus der Schule befinden sich 6 im Gefängnis von Vercelli, mit 4 von ihnen wurde gesprochen:

Nach einem 5-minütigen Gespräch mit ihnen gibt es folgende Kurzeinschätzung:

Alle Frauen gaben an, in der Schule geschlagen worden zu sein. Weiterhin erzählten alle Frauen, dass der Zustand der Männer aus der Schule Diaz in jedem Fall schlimmer sei. Sie geben an, dass die Männer die ganze Nacht auf dem Polizeirevier weiter gefoltert worden sind, da sie die ganze Nacht von ihnen Schreie gehört haben. Sie selber sind auf dem Polizeirevier weiter schikaniert worden: Beschimpfungen, Schläge und Tritte beim aufs Klo gehen. Sie sagen alle aus, dass sie relativ gut bei weggekommen sind. Im Gefängnis ist die Behandlung besser als bei den Bullen. Ihnen wurde teilweise erlaubt, Anrufe zu machen. Sie sind in 2-3 Zellen weitgehend (außer 1 Person) nach Staatsangehörigkeit geordnet.

Fast allen Frauen wird öffentlicher Widerstand vorgeworfen. Mindestens ein Mann, der der Polizei nicht mehr bekannt ist, soll eine Anklage wegen versuchten Mord (Homicide) bekommen.

Eventuell wurden Röntgenaufnahmen aus dem Krankenhaus konfisziert.

Weiterhin traf die Dolmetscherin Italienerinnen, die bereits Samstagnachmittag verhaftet worden waren. Sie wurden gestern aus Vercelli entlassen. Sie berichten folgendes:

Sie selbst wurden auf dem Bullenrevier in Genua nicht geschlagen. Sie mussten sich jedoch 19 Stunden mit den Händen erhoben ohne Essen und Trinken an eine Wand stellen. Sie gaben an, dass die Bullen offen organisierte Faschisten waren. Es gab permanente Beschimpfungen wie „scheißjüdische Zigeunerin", „Hasta la Victoria sempre" mit gleichzeitigem Hitlergruß, weiterhin wurden Mussolinibilder an den Wänden gesehen. Einer Person, der vorher die Beine gebrochen worden, konnte nicht an



der Wand stehen, wurde weiter geschlagen, bis sie sich irgendwie hingestellt hat. Die Bullenfrauen waren teilweise schlimmer als die Männer. Haben die Frauen an den Haaren gezogen und gerissen. Sie wurden von den Festgenommenen als „totale Psychopatinnen" bezeichnet. Weiterhin berichteten sie, dass Tränengas in die Zellen geworfen worden ist. Eine Person hat daraufhin Blut erbrochen.

Alle Inhaftierten bitten darum, irgendwie Druck auszuüben und zu helfen !!!!

Hier endet der Bericht der Dolmetscherin.

Die Gefangenen sitzen seit 60 Stunden im Knast. *(Stand Dienstag, 24.7., 12.00 Uhr)*

Weitere Informationen:

Am Montag wurden insgesamt noch min. 38 Personen in und um Genua oder an der Grenze festgenommen. Es ist gefährlich, sich zur Zeit in Genua aufzuhalten. Sie haben in Bars und Kneipen nach ausländischen Leuten gesucht. Einige wurden bereits wieder entlassen. Anderen drohen Haftbefehle wegen Plünderung und Verwüstung. (...)

Insgesamt waren gestern noch 570 Personen im Krankenhaus und über 100 im Knast. Wir haben eine Liste mit 60 Deutschen und weiteren 32 Gefangenen aus 12 unterschiedlichen Ländern.



Die Gefangenen befinden sich in folgenden Gefängnissen: Alessandria, Pavia, Vercelli und Voghera und Genova.

EA Berlin : Tel: 0049-30- 692 2222
EA München: Tel: 0049-89-4489638
EA Oberhausen/Druckluft: Tel: 0049-208-852454

Demonstration in Frankfurt

„Wir trauern um Carlo"

Am 21.07. versammelten sich ca. 100 Menschen auf dem Frankfurter Paulsplatz, um ihrer Trauer um Carlo Giuliani, der gestern während der Protestaktionen gegen den G8 Gipfel in Genua von der Polizei per Kopfschuss exekutiert wurde, Ausdruck zu verleihen. Gleichzeitig trafen sich dort Tausende Menschen, um den Christopher-Street-Day zu begehen. Beide Gruppen schlossen sich für einige hundert Meter zu einem ebenfalls einige hundert Meter langen Zug zusammen, an dessen Spitze Transparente mit den Aufschriften: „Mörder", „Assassini", „Stonewall 1969, Genua 2001 - Demonstranten ermordet", „Demonstrant bei G8 Gipfel ermordet - Widerstand geht weiter" getragen wurden. Daraufhin lösten sich die circa 100 Leute aus dem Zug, um auf der Hauptwache eine Trauer- und Protestkundgebung abzuhalten.

Der Redebeitrag :

Durch die Straßen Genuas ein Schrei aus 100.000 Kehlen: ASSASSINI – MÖRDER !

Gestern wurde Carlo Guiliani im Alter von 23 Jahren durch Polizisten ermordet. Den 8 Mächtigen dieser Welt stehen in Genua Hunderttausend gegenüber. Carlo war einer von

Neue Qualität der Repression

jW sprach mit Clemens Glismann

Bei den Auseinandersetzungen am 1. Mai 2000 wurde Clemens Glismann Opfer polizeilicher Übergriffe. Nun wurde ihm ein Ausreiseverbot erteilt

Sie hatten vor, diese Woche an den Protesten gegen das G-8-Treffen in Genua teilzunehmen. Was hat Sie daran gehindert?
Am vergangenen Freitag wurde mir vom Landeskriminalamt nach dem „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz" auferlegt, mich vom 15. bis 20. Juli täglich bis 12 Uhr bei der nächsten Polizeidienststelle zu melden. Außerdem setzte das Landeseinwohneramt in dieser Zeit das Passgesetz für mich außer Kraft. Mir wurde verboten, in zehn Länder - neben Italien u.a. auch Polen, Frankreich und Slowenien - einzureisen. Sollte ich gegen diese Auflagen verstoßen, droht mir eine Strafe von 2 000 Mark.

Wie wurden diese Zwangsmaßnahmen begründet?
Ich würde voraussichtlich bei den Protesten in Genua durch die von mir zu erwartenden Gewalttaten „dem Ansehen Deutschlands in Europa und der westlichen Welt erheblichen Schaden zufügen". Da ich bisher an keinen Antiglobalisierungs-Protesten - weder international noch in Deutschland - teilgenommen habe, ist diese Begründung wohl aber haltlos. Außerdem heißt es in dem Schreiben, ich nähme in „linksextremistisch-gewaltbereiten Kreisen" eine besondere Position ein. Hierfür wurden sämtliche seit 1992 anhängigen Ermittlungsverfahren aufgezählt, die aber bis auf ein Verfahren wegen Sachbeschädigung alle eingestellt wurden.

Welche Auswirkungen haben diese Auflagen für Sie persönlich?
Ganz konkret mußte ich mein schon gebuchtes Flugticket nach Genua deswegen verfallen lassen. Ich fühle mich massiv in meinen Grundrechten eingeschränkt. So werde ich daran gehindert, mein Demonstrationsrecht wahrzunehmen und bin meiner Reisefreiheit beraubt. Selbst einen Urlaub in Polen könnte ich nicht unternehmen.

Wie werten Sie die gegen Sie gerichteten Aktivitäten?
Darin sehe ich durchaus eine neue Qualität der Repression gegen antikapitalistische Proteste. Nach der propagandistischen Vorbereitung unter dem Schlagwort „Polithooligans" macht man sich nun daran, Proteste bereits im Vorfeld zu verhindern. Hierfür werden unverhohlen die bürgerlicher Grundrechte außer Kraft gesetzt.

Was haben Sie bisher dagegen unternommen?
Sofort nach Erhalt am Freitag habe ich über meinen Anwalt in einem Eilantrag gegen die Auflagen Einspruch eingelegt. Nachdem das Berliner Verwaltungsgericht meine Klage am Mittwoch abwies, werden wir vor die nächsthöhere Instanz ziehen. Ich werde die mir möglichen Rechtsmittel auf alle Fälle ausschöpfen.

Sind Sie als einziger von den Einschränkungen anläßlich des Gipfels betroffen?
Nein, neben mir sind mindestens zehn Personen in Berlin, 15 Menschen in Brandenburg und weitere in Nordrhein- Westfalen betroffen. So weit mir bekannt ist, haben sie alle rechtliche Mittel gegen die Maßnahmen ergriffen. Überdies wurde eine größere Anzahl von Personen in Berlin angeschrieben und aufgefordert, sich für den Fall ihrer Teilnahme an den Protesten friedlich zu verhalten.

Sehen Sie außer dem juristischen Weg noch andere Handlungsmöglichkeiten?
Ja. Ich werde mich mit den anderen Betroffenen koordinieren, um dem auch politisch etwas entgegensetzen zu können. Würden wir diese polizeistaatlichen Maßnahmen hinnehmen, liefen wir Gefahr, sie als gängiges Mittel der Polizeibehörden zu akzeptieren. In der Konsequenz würden noch viel mehr Menschen in ihrem Widerstand behindert. (...)
Interview: Matthias Pfeiffer, jW 18.7.

ihnen. Carlo war einer von uns.

Ohne Gerechtigkeit kein Frieden !

Die Nationalität der Polizisten ist austauschbar, sie schießen scharf, ob auf dem aktuellen Weltwirtschaftsgipfel in Genua oder vor wenigen Wochen auf dem EU-Treffen in Göteborg, ob in den Ghettos von Los Angeles oder in den Vorstädten von Istanbul.

Bundeskanzler Schroeder meinte angesichts des Toten: „Die auf der Strasse haben keine Politik, die wollen nur Krawall ...". Schroeder verlangt die Distanzierung von denjenigen, die auf der Strasse Genuas halb tot geschlagen oder von Polizeikugeln getötet werden.

Aber das ist mit uns nicht zu machen:

DENN: Ist es „Krawall", die weitere Ausplünderung der Ressourcen dieses Planeten zu verhindern ?

DENN: Ist es „Krawall" zu fordern, dass die Ausbeutung und Unterdrückung von Abermillionen Menschen ein Ende haben muss ?

DENN: Ist es „Krawall" die Machtzentralen anzugreifen, die verhindern, dass der Reichtum nicht nur wenige, sondern alle satt machen ?

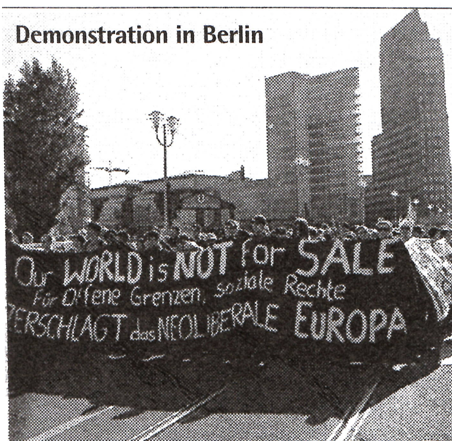
NEIN, denn die tödliche Gewalt geht von den Mächtigen der Welt aus. Und dieser Tod hat viele Gesichter. Es sind die Polizeischüsse von Genua, die uns töten; es ist der Welthandel und die Verschuldung, der die Armen in den sog. „Dritten Welt" tötet; es ist der offene Krieg gegen die Entrechteten dieser Welt, der die Macht der G8-Staaten sichern soll. Sie nennen es „Globalisierung" der Märkte. Wir werden „Globalisierungsgegner genannt. Sie werfen uns vor, den Fortschritt nicht zu wollen. Wir sagen, dieser Fortschritt hat nichts mit Emanzipation und Freiheit zu tun, sondern bedeutet noch mehr Ausbeutung, noch mehr Gewalt, noch mehr Unterdrückung.

DIESE WELT IST KEINE WARE !

Hunderttausend Menschen demonstrieren in Genua unter diesem Motto. Gestern. Heute. Morgen. Auf den Widerstand wird geschossen. Sie können Menschen ermorden, sie können einschüchtern und Angst verbreiten. Aber es wird ihnen nicht gelingen die Vernunft auszurotten, die weiß, dass die Freiheit des Marktes nicht die Freiheit der Menschen bedeutet.

WIR TRAUERN UM CARLO !
SOLIDARITÄT MIT DEM PROTEST IN GENUA !
WIR SIND IM RECHT !

Demonstration in Berlin



Demonstration

– gegen Isolationshaft
– und gegen die Repressionen gegen Thomas Meyer-Falk, Rainer Dittrich und Christian Klar

Wir dokumentieren den Aufruf:

Am Samstag, den 28. Juli 2001, findet vor der Justizvollzugsanstalt Bruchsal (Baden-Württemberg) eine Soli-Demonstration gegen die Isolationshaft, und für die Freilassung unserer Genossen Thomas Meyer-Falk (JVA Bruchsal), Rainer Dittrich (JVA Lübeck) und Christian Klar (JV Bruchsal) statt.

Wir protestieren auf diese Weise gegen die Isolationshaft auf der ganzen Welt, aber ganz besonders in der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt auch in unseren sogenannten demokratischen Ländern politische Gefangene, die einer ständigen Repression durch das Justizsystem ausgesetzt sind (Isolation, Reizdeprivation, Postzensur, Besuchverbot usw.).

Mit dieser Demo wollen wir erneut das Schweigen und die Stille durchbrechen, und auf unsere GenossInnen aufmerksam machen. Thomas, Rainer und Christian sind nur drei von vielen politischen Gefangenen in deutschen Knästen, und stehen an dieser Stelle hier stellvertretend für all die anderen.

Demo am 28. Juli 2001 - 14 Uhr; am Schlosspark in Bruchsal

REISST DIE MAUERN EIN! HOLT DIE LEUTE RAUS!
SCHLUSS MIT JEGLICHER ISOLATIONSHAFT!
GERECHTIGKEIT FUER THOMAS, RAINER UND CHRISTIAN!
FREIHEIT FUER ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Thomas Meyer-Falk, ein Redskin, wurde 1996 wegen eines Banküberfalls (Geldbeschaffung für antifaschistische Aktivitäten) zu einer Haftstrafe verurteilt, deren Ende auf 2010 festgesetzt ist. Dennoch erhielt er als „Zulage" die Sicherungsverwahrung, d.h. auch nach 2010 wird er weiterhin interniert bleiben. Da er seine antifaschistischen Ansichten nicht verwirft und auch weiterhin aus dem Knast heraus politisch aktiv ist, ist er einer ständigen Repression durch den deutschen Staat ausgesetzt.

Rainer Dittrich sitzt seit 1987 in BRD-Knästen. Er ist Gefangener aus dem kommunistischen Widerstand. Die meiste Zeit dieser 13 Jahre hat er in Isolationshaft verbracht, was dazu geführt hat, dass sein gesundheitlicher Zustand stark angegriffen ist. Er hat sich in den letzten Jahren sehr für die Freilassung anderer politischer Gefangener (RAF, Protest in der Türkei gegen die Einführung der F-Zellen...) eingesetzt.

Christian Klar war aktiv in der Gefangenensolidarität und organisierte sich Ende 1976 in der RAF. Verhaftet wurde er 1982 und 1985 zu mehrfach lebenslänglich verurteilt. Auch gegen ihn führte die Justiz 1992 einen zweiten Prozess (Kronzeugenprozess), um ein weiteres lebenslänglich zu produzieren. 1997 legte das Oberlandesgericht Stuttgart eine „Mindesthaftstrafe" von 26 Jahren gegen ihn fest. Christian Klar ist heute 49 Jahre alt, war über viele Jahre in Stammheim und sitzt seit 1989 in Bruchsal im Knast.

Kommt alle und zeigt eure Solidarität mit unseren gefangenen GenossInnen!
Betroffen sind einige .....Gemeint sind wir alle!!!!

Organisiert und unterstützt von:
Anarchist Black Cross Luxembourg, Antifa Bensheim, Boeckstreet Noise, Gruppe „Freiheit für alle politischen Gefangenen" Mannheim, Red and Anarchist Skinheads (RASH), SDAJ Bensheim, Tamara Bunke -Verein zur internationale Jugendverständigung, und allen fortschrittlich solidarisch und antifaschistisch denkenden Menschen!

Grußbotschaft für die Demo am 28. 7.

Herzlich Willkommen, liebe FreundInnen und Freunde, verehrte Genossinnen und Genossen!
Ihr habt den teilweise weiten Weg hierher gemacht um nun vor diesen Mauern für die Abschaffung der Isolationshaft zu demonstrieren und damit auch für die Erleichterung meiner Haftsituation.

Ich danke Euch sehr herzlich für Euer Kommen.

Dieser Knast vor dem Ihr nun steht, wurde schon 1848 in Betrieb genommen, das heißt in historischer und politischer Kontinuität wird seit den Feudalzeiten des 19. Jahrhunderts dieses Lager dazu eingesetzt, Menschen zu brechen. Die ersten Gefangenen 1848 waren politische Gefangene, Aufständische, welche gegen Unterdrückung durch die Feudalherrschaft protestierten.

Ich bin nun zwar durch einige Meter Mauer und viele Gitter von Euch getrennt, liebe Freundinnen und Freunde, aber im Geiste bin ich bei Euch!

Solange dieser Staat versucht Menschen mundtot zu machen und wir alle wissen, wie skrupellos und brutal er beispielsweise 1977 in Stammheim oder 1993 in Bad Kleinen vorging, solange ist aktiver Widerstand und Kampf notwendig! Ich höre manchmal Kritik, denn ich befürworte den aktiven Kampf, der auch Mittel nützt, den Pazifisten ablehnen. Natürlich gilt mein großer Respekt all jenen, die diesen pazifistischen Weg im Geiste Gandhis und Martin Luther Kings gehen; aber ich sehe auch die Notwendigkeit, dass ein Teil der linken Bewegung sich anderer Mittel bedient. Wir sollten weder das eine noch das andere ausschließen - und unsere wichtigste Waffe ist die Solidarität.

In diesem Sinne grüße ich Euch herzlich!
Tod dem Faschismus!
Für eine anarchistische und freie Bewegung!
Thomas Meyer-Falk, JVA Bruchsal

Auszüge aus dem Bericht einer Genossin anlässlich eines Besuches von Rainer Dittrich

Hi ihr alle überall

26.06.01

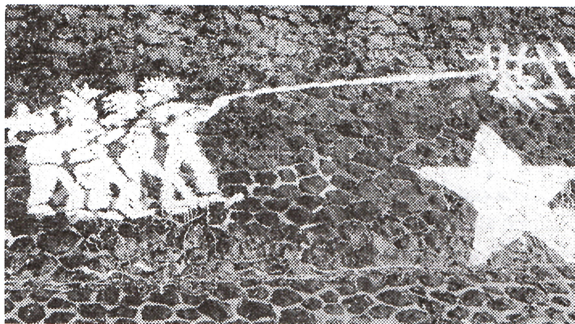
gestern hab ich den Rainer wieder besucht. Schon als er um die Ecke kam, war ihm anzusehen, dass er sehr konzentriert ist beim Gehen / Sich-Bewegen. Ich denke, es kostet ihn sehr viel Anstrengung. Bin ihm entgegengegangen, wir begrüßten uns lange und gingen langsam zum Besuchsraum (wie immer war im rundum verglasten Büro die „Einsatzgruppe“ während des Besuches vollzählig versammelt). Als wir dann saßen, wollte Rainer zuallererst wissen, was ich Neues weiß von den türkischen GenossInnen. Dann erzählte ich ihm ein bisschen vom UZ-Pressefest, und dann wollte ich von ihm wissen, was es bei ihm Neues gibt.

Also, dass die Zusatznahrung, die er im Knast bekommen hat, schon länger gestrichen ist, das wisst ihr ja schon. Haben die ja wohl gemacht, damit er seinen Soli-HS abbricht, was die politisch Verantwortlichen auch schon ziemlich unverblümt verlautbart haben. Dass er an seinem gesundheitlich schlechten Zustand selbst Schuld habe, er brauche nur seinen Soli-HS abzubrechen. Die haben sich aber verrechnet, tut er nicht. Rainer erzählte mir jetzt, dass er langen Brief von der Justizministerin Lütkes bekommen hat, in welchem die schreibt, dass die Essens-Päckchen, die er monatlich bekommen hat von uns, gestrichen werden. Ich sitze hier und schüttele wieder den Kopf. Irgendwie hab ich damit ja gerechnet. Denn wir oder viele von uns schrieben denen ja Brief, in welchem wir Rainers Haftentlassung fordern aufgrund seines schlechten Allgemeinzustandes. An den „Antworten“, die wir vom Staatsanwalt bekommen haben, glauben wir zu erkennen, dass die dort alle genervt sind. Aber Tenor dieser Schreiben ist „es geht ihm gut, keinen Grund zu Entlassung“. Deswegen erging die Frage an die Zuständigen, wenn alles in Ordnung ist, warum wurde dann z.B. das Extra-Gel-Kissen, die Extra-Matratze, das monatliche 5 Kilo Päckchen mit Kalorien zusätzlich genehmigt? Das Schreiben der Lütkes kann (nicht nur, aber auch) als Antwort auf diese Frage zu verstehen sein. Denn die schreibt tatsächlich - haltet euch fest - Rainer sei das monatliche Zusatzpäckchen genehmigt worden, weil er doch so völlig unzugänglich sei und der Knast mit solchen Extras „einen Zugang zu finden beabsichtigte“. Aber da sich „diese Hoffnungen sich nicht erfüllt“ hätten, wird das Päckchen gestrichen.

Auch wenn wir Rainer jetzt keine Zusatzkalorien mehr schicken können, bitten wir euch trotzdem, ihn bzw. uns finanziell zu unterstützen, da wir auch weiterhin Geld für RA u.s.w. brauchen.

Rainer erzählte mir dann ein bisschen, wie es ihm geht. Mit der Wirbelsäule und den anderen Problemen (z. B. die Lähmungserscheinungen an der linken Seiten und so) unverändert. Gehen kann er wieder eine halbe Stunde im Hof. Habe aber immer unheimliche Kopfschmerzen in letzter Zeit, die konzentrieren auf was sehr erschweren bis unmöglich machen. Wie er das wieder erzählte, so ganz nebenbei, eine Tatsache halt, die der Info dient, aber kein Grund zur Sorge ist.

Dann ist er zu Rolf Heißler gewechselt und wir haben uns wieder zusammen gefreut, dass Rolf raus kommt und drüber geredet, dass klar ist, dass weiter gekämpft werden muss für das Raus aller. Nachdem wir noch ein wenig über anderes geredet haben waren die 30 Minuten auch schon wieder rum. Ihr wisst ja, im extra für Rainer erstellten „Sicherheitspaket“ ist neben anderem auch festgelegt, dass ihm grade mal 30 Minuten Besuch im Monat zustehen.



Zu seiner körperlichen Verfassung. Was wiegt er jetzt? So um die 50 Kilo rum werden's sein. Wie groß wird er sein? Ich bin 1.70 und er ist ein bisschen kleiner als ich.

Soll euch alle ganz lieb von ihm grüßen.

Hier an dieser Stelle wollen wir die kleine Notiz zu Rainers Soli-HS im Angehörigen - Info Nr. 247, S. 6 korrigieren. Da wird berichtet, er nehme 5 Tage Nahrung auf, 5 Tage nicht. Das stimmt so nicht mehr. Am 27.12.2000, als Reaktion auf die Angriffe des türkischen Regimes auf die Knäste, hat er den Soli - HS verschärft. Die 5 Tage Streikphase blieben bestehen, aber die Tage, an denen er Nahrung aufnimmt, hat er seitdem auf 3 Tage verkürzt.

Soli-Konto zu Rainer Dittrich:
Name / Empfänger : c/o
Konto-Nr.: 4914813
BLZ : 670 900 00
Volksbank Rhein-Neckar e.G.
Stichwort: Rainer Dittrich
c/o, Gruppe „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ Mannheim

Rote Hilfe Göttingen ruft zur Solidarität auf

Totaler Kriegsdienstverweigerer im Bundeswehrarrest

Am Montag, den 02.07.2001, wurde in der Schwanewedener Lützow-Kaserne Bundeswehrarrest gegen den totalen Kriegsdienstverweigerer Kai S. aus Bremen verhängt. Er war seiner Einberufung in die Kaserne zu diesem Datum gefolgt, hatte dort aber jeden Befehl verweigert. Noch am selben Abend wurde er in eine Arrestzelle der angrenzenden Weser-Geest-Kaserne verbracht. Am selben Tag beantragte der dienstführende Offizier einen siebentägigen „Disziplinar-“Arrest in einer Zelle der Bundeswehr, der aller Wahrscheinlichkeit nach am 04.07.2001 in Kraft tritt.

Der 24-jährige Totalverweigerer lehnt nicht nur den Kriegsdienst mit der Waffe, sondern auch den sogenannten Zivildienst ab, da dieser im Rahmen des Gesamtverteidigungskonzepts vollständig in die Kriegsplanung eingebunden ist. Mit seiner Verweigerung wendet er sich außerdem bewusst gegen jede Form von Zwangsdiensten, die ihrer Natur nach zutiefst antidemokratisch sind.

Die Rote Hilfe Göttingen erklärt ihre volle Solidarität mit Kai und allen, die wegen ihrer totalen Kriegsdienstverweigerung mit Bundeswehrarresten, Strafverfahren und anderen Repressalien drangsaliert werden.

Militärgerichte in Deutschland - vordemokratische Institutionen

Wie aus ähnlichen Fällen bekannt, geht die Bundeswehr auch diesmal massiv und unter Missachtung jeglicher rechtsstaatlicher Grundsätze gegen Totalverweigerer vor. Als Teil der Exekutive maßt sich das Militär an, selbst Prozesse durchzuführen und Menschen für Wochen oder Monate in Arrestzellen zu sperren. Die Bundeswehr nutzt dazu ihre Möglichkeit, „Disziplinarmaßnahmen“ gegen Soldaten auszusprechen.

Derartige Arreste werden durch ein Truppendienstgericht, bestehend aus einem Offizier (sog. Militärrichter), einem Unteroffizier und einem gemeinen Soldaten, verhängt. Die Verhandlung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Ausschluss des „Beschuldigten“ (also des Totalverweigerers) statt. Der Beschuldigte wird nicht über seine Rechte aufgeklärt, ein Rechtsbeistand wird ihm grundsätzlich verweigert. Gegen Entscheidungen dieser militärischen Schnellgerichte gibt es keine Berufungsinstanz, die Strafen werden sofort vollzogen.

Disziplinararreste z.B. können bei Regelverstößen in der Kaserne (z.B. Trunkenheit, Tätlichkeit gegen Vorgesetzte etc.) ausgesprochen werden, sie dauern normalerwei-

se nur wenige Tage an, dienen offiziell als „Erziehungsmittel" und sollen einen abschreckenden Effekt auf den Soldaten ausüben. Gegen Totalverweigerer werden Arreste aber grundsätzlich und v.a. mehrmals hintereinander verhängt, so dass diese Art der Freiheitsberaubung Wochen oder gar Monate andauern kann. Der Totalverweigerer wird 23 Stunden am Tag in einer 3x3 Meter „großen" Zelle festgehalten, in fast völliger Kontaktsperre zur Außenwelt. Die Zelle enthält nur einige wenige Gegenstände (1 Tisch, 1 Stuhl, 1 Abortschüssel), eine in der Wand eingelassene Holzpritsche wird nur am Abend heruntergelassen und tagsüber wieder verschlossen. Derartige Haftbedingungen stammen noch aus vordemokratischen Tagen (Kaiserreich) und liegen weit unter den in der EU festgelegten Normen für Haftanstalten.

Der Pressesprecher der Roten Hilfe Göttingen Felix Halle erklärt dazu:

„Mittels dieser Schikanemaßnahmen der Bundeswehr sollen totale Kriegsdienstverweigerer physisch und psychisch gebrochen werden. Arreste dienen eben nicht - wie offiziell beschönigt - ,disziplinarischen Zwecken', sondern werden vom Militär als ein politisches Kampfmittel gegen PazifistInnen und KriegsgegnerInnen eingesetzt!"

Solidarität mit Kai - schreibt, unterstützt, spendet Geld!

Freundinnen und Freunde von Kai S. haben sich deshalb unter dem Namen „Non Serviam!" (lateinisch für: Ich diene nicht!) zusammengefunden, um ihn bei seiner Gewissensentscheidung zu unterstützen. Die Rote Hilfe Göttingen steht in direktem Kontakt mit „Non Serviam!". Wir rufen dazu auf, Kai Unterstützungspost zukommen zu lassen und beim verantwortlichen Kompaniechef Kais sofortige Freilassung zu fordern.

Ein Mitglied von „Non Serviam!" erklärte heute:

„Die Bundeswehr meint, dass sie tun und lassen könnte, was sie will. Mit dem Arrest wollen sie Menschen in ihrem Willen und Gewissen brechen. Deshalb ist es wichtig, ihnen zu zeigen, dass sie nicht unbeobachtet agieren werden. Die Verweigerung von Zwangsdiensten ist kein Verbrechen, sondern eine Selbstverständlichkeit. Das Verbrechen sind die Zwangsdienste selbst!"

Post an Kai kann an die Adresse von „Non Serviam!" geschickt werden (auch E-Mail-Grüße sind erwünscht!), von wo aus sie dann weitergeleitet wird:

Non Serviam!, c/o Infoladen
St.Pauli-Str. 10-12, 28203 Bremen
E-Mail: non.serviam@gmx.net

Zur Deckung der Kosten für die Betreuung von Kai während seines Bundeswehrarrestes und für anstehende Verfahrenskosten hat die Rote Hilfe Göttingen ein Sonderkonto eingerichtet, auf das kleinere und auch größere Beträge gespendet werden können. Das Geld kommt ausschließlich der Solidaritäts- und Antirepressionsarbeit für Kai zugute:

Rote Hilfe Göttingen, Konto 350 670 309
Postbank Hannover, BLZ 250 100 30
Stichwort: Non serviam/TKDV

Druck auf die Bundeswehr ausüben – gegen Arreste, Schikanen und Kadavergehorsam!

Wir rufen gemeinsam mit „Non Serviam!" dazu auf, Druck auf die Bundeswehr auszuüben. Die Bundeswehr soll merken, dass jeder ihrer Schritte unsererseits von Protest begleitet wird. Beteiligt euch an dieser Solidaritätsaktion, ruft direkt bei der Bundeswehr an und fragt nach dem Totalverweigerer Kai, erklärt ihnen, dass ihr mit ihrem Vorgehen in keinster Weise einverstanden seid! Verfasst Resolutionen und Beschwerdebriefe!

Adressen bei der Bundeswehr in Schwanewede:

- *Kompaniechef, 4. Panzergrenadierbataillon 323, An der Kaserne 41, 28790 Schwanewede, Tel.: 04209-922340*
- *4. Panzergrenadierbataillon 323, Tel.: 04209-922341*
- *Weser-Geest-Kaserne, Tel.: 04209-922104*

Die Gruppe „Non Serviam!" bittet darum, ihnen Kopien von Protestschreiben zukommen zu lassen (Adresse s. oben).

Rote Hilfe Göttingen

Kriegsdienstverweigerer soll abermals 21 Tage in Arrest

Am gestrigen Montag (23.7.) hat die Bundeswehr zum dritten mal Arrest gegen den konsequenten Kriegsdienstverweigerer Kai S. aus Bremen beantragt, der bereits seit 21 Tagen in einer Arrestzelle der Weser-Geest Kaserne im niedersächsischen Schwanewede einsitzt.

(...) Für seine Entscheidung (den Kriegsdienst total zu verweigern - Red.) wurde Kai S. von der Bundeswehr bereits zweimal mit „Disziplinararrest" von 7 bzw. 14 Tagen belegt.

Der Bremer Freundeskreis „Non Serviam!" (lat.: Ich werde nicht dienen), der Kai S. bei seiner Gewissensentscheidung unterstützt, protestiert gegen das Vorgehen der Bundeswehr. Ein Sprecher der Gruppe sagte heute: „Der Arrest ist nicht nur sinnlos, sondern auch vollkommen unzulässig, denn Disziplinarstrafen dürfen nur verhängt werden, wenn dadurch eine Verhaltensänderung zu erwarten ist. Bei einer Gewissensentscheidung, wie sie totale Kriegsdienstverweigerer treffen, ist das nicht der Fall. Da die Bundeswehr auch ein sofortiges Dienstverbot aussprechen könnte, kann der Arrest nur als gezielter Versuch bezeichnet werden, konsequente Kriegsdienstverweigerer durch Zwang dazu zu bringen, gegen ihr Gewissen zu handeln. Das zeigt auch der Vollzug, denn Bundeswehrarrest bedeutet Haft unter Isolationsbedingungen, wie sie im gewöhnlichen Strafvollzug nicht anzutreffen sind. Hinzu kommen willkürliche Schikanierungen, die nun immer häufiger zu Tage treten. Zum Beispiel missweisende oder gar falsche Rechtsbelehrungen durch Disziplinarvorgesetzte. Oder die Tatsache, dass Kai seine Post mit einer Verzögerung von vier bis sieben Tagen ausgehändigt wird, obwohl die Bundeswehrvollzugsordnung eindeutig vorschreibt, dass Häftlingspost nicht überwacht werden darf und sofort auszuhändigen ist."

Nach dem Willen des derzeitigen Disziplinarvorgesetzten, dem stellvertretenden Kasernenkommandeur Major Baron, sollen gegen Kai S. nun erneut 21 Tage Arrest verhängt werden - diesmal am Stück. Noch muss das zuständige Truppendienstgericht Nord dem dritten Arrestantrag zustimmen. Der Freundeskreis „Non Serviam" befürchtet allerdings, dass das Gericht gegen die Genehmigung des dritten Antrags ebenso wenig Bedenken haben werde wie bei den beiden vorherigen Anträgen. Ein Sprecher der Gruppe: „Üblicherweise genehmigen die Truppendienstgerichte Disziplinararrest bis zu einer Gesamtzeit von 63, manchmal auch 84 Tagen. Erst dann wird ein Dienstverbot gegen den Totalverweigerer ausgesprochen und ein Verfahren wegen Fahnenflucht gegen ihn eingeleitet. Die Arbeitsweise des Truppendienstgerichts ist nicht mit der eines ordentlichen Gerichts zu vergleichen - es besteht kein Recht auf Verteidigung, das Gericht fällt seine Entscheidung ohne Anhörung des Angeklagten oder dessen Anwalt."

Die Entscheidung des Truppendienstgerichts über den dritten Arrestantrag gegen Kai S. wird für den heutigen Dienstag erwartet. Die Gruppe Non Serviam! fordert die sofortige Freilassung von Kai S. und ruft dazu auf, Protestschreiben an Major Baron als verantwortlichen Befehlshaber bei der Bundeswehr und an Richter Dominhaus als zuständigen Richter beim Truppendienstgericht Nord zu richten und Kai S. mit Briefen und Karten zu unterstützen.

Weitere Adressen:

Verantwortlich für den dritten Arrestantrag:
Major Baron, An der Kaserne 41, 28 790 Schwanewede
Der Kompaniechef der Einheit, zu der Kai S. eingezogen wurde:
Kompaniechef von Block, 4. Panzergrenadierbataillon 323, An der Kaserne 41, 28790 Schwanewede, Tel.: 04209-922340 und 04209-922347
Die Einheit zu der Kai S. eingezogen wurde:
4. Panzergrenadierbataillon 323, Tel.: 04209-922341
Zentrale der Lützow-Kaserne: Tel.: 04209-920

PE Non serviam!, 24.7.2001

Aschaffenburg/Bayern

Polizei erschießt Senegalesin

Eine Frau aus dem Senegal wurde am Samstag, 14. Juli 2001, von der Polizei in Aschaffenburg erschossen.

Hintergrund ist nach Aussagen der Polizeidirektion Aschaffenburg ein Streit zwischen einem in Trennung lebenden Ehepaar in der Aschaffenburger Schlossgasse. Der Ehemann, ein weißer Deutscher, hatte in der Nacht gegen 2.30 Uhr die Polizei gerufen, um seine Frau aus der Wohnung werfen zu lassen. Die Frau war in die Wohnung ihres Ehemannes gekommen, weil sie den zweijährigen Sohn abholen wollte, der einige Tage bei seinem Vater verbracht hatte. Der Sohn war aber bei den Eltern des Ehemannes. Als die Polizei auftauchte und sofort Partei für den Ehemann ergriffen hatte, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den zwei Polizeibeamten und der 26-jährigen Frau. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung zog einer der Polizisten seine Dienstwaffe und erschoss die Frau, die nach notärztlicher Versorgung vor Ort wenig später im Klinikum Aschaffenburg gestorben ist. Nach ersten Recherchen haben wir von der Polizei erfahren, dass die Ermittlungen von der Kripo in Würzburg („Kommissariat für Tötungsdelikte und Leichensachen") geleitet werden. Die Unterlagen und sämtliche Ermittlungsprotokolle sind derzeit „nicht pressefrei!" Weiterhin wurde uns mitgeteilt, dass die Polizei von „Notwehr" ausgeht und der Polizeibeamte, der die 26-jährige Frau ermordet hat, nicht vom Dienst suspendiert wurde, sondern weiterhin seinen Dienst bei der Polizei in Aschaffenburg leisten kann. Aufgrund dieser schockierenden Informationen haben wir uns entschlossen, eine breite Mobilisierungs- und Solidarisierungskampagne zu starten. Folgende Inhalte sollen im Rahmen der Kampagne deutlich gemacht werden: - Es muss eine umfassende Aufklärung zum Mord an unserer Schwester erfolgen und alle beteiligten Polizeibeamten müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

– Die politische Verantwortung für den Todesfall muss durch das Innenministerium des Freistaates Bayern übernommen werden.

– Die Kosten der Überführung des Leichnams in den Senegal und alle Kosten für die Trauerfeierlichkeiten im Senegal und in Deutschland müssen von der Bundesrepublik Deutschland getragen werden.

– Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung von rassistischem Gedankengut bei allen staatlichen Strukturen und in der deutschen Gesellschaft ganz allgemein mit dem Ziel, ein gleichberechtigtes Leben von allen Menschen, egal welcher Herkunft und Hautfarbe in Deutschland zu ermöglichen.

Im Gedenken an unsere ermordete Tochter, Schwester und Mutter NDEYE Marèame FARR.

Trauer- und Demonstrationszug:

Datum: Sonntag, 22. Juli 2001

Black Students' Organisation. SOS Struggies of Students, African Refugees Association, Initiative Schwarze Deutsche

Infos: Tel.: 0170-8643556; Fax.: 0723 1-569877

Sofortige Freilassung von Yoyo Mulala

aus der Abschiebehaft in der ZASt Halberstadt!

Ein unbefristetes Bleiberecht für den blinden Yoyo Mulala ist aus humanitären Gründen unerlässlich!

Stoppt die Abschiebung von Herrn Yoyo Mulala nach Kongo!

Herr Yoyo Mulala ist Staatsangehöriger der Demokratischen Republik Kongo (ehemalig Zaire). Sein Heimatland musste er am 16.06.1996 verlassen, da ihm die damalige Regierung des Diktators Mobuto Widerstand und Aufwiegelung gegen das bestehende System unterstellte. Er wurde verhaftet, verhört und mißhandelt.



Herr Yoyo Mulala ist irreparabel blind und setzte sich in besonders hohem Maße für die Stärkung der Stellung behinderter und insbesondere blinder Menschen in der Gesellschaft seines Heimatlandes ein. Sein Auftreten für die Blinden, kritische Berichte und die Gründung der Organisation LICA (1993), welche insbesondere die kulturelle Integration der Blinden in die Gesellschaft zur Aufgabe hatte, waren die Gründe seiner politischen Verfolgung. Er verlor in Folge dessen auch seine Anstellung als Lehrer / Professor am Institut National für Blinde.

Am 2.7.1996 beantragte Herr Yoyo Mulala die Anerkennung als Aslyberechtigter in der Bundesrepublik Deutschland, welche aus unverständlichen Gründen abgelehnt wurde. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge meint, eine Rückkehr des Herrn Yoyo Mulala sei zumutbar, da das Mobuto-Regime am 17.05.1997 durch Machtaufgabe beendet wurde. Völlig außer Betracht gelassen wurde vom Bundesamt und den Gerichten die Frage des Bestehens von Abschiebungshindernissen nach §53 AuslG.

Bei einer Abschiebung des Herrn Mulala in sein Heimatland ergeben sich für diesen erhebliche konkrete Gefahren für Leib, Leben und Freiheit. Die Demokratische Republik Kongo befindet sich in einer immer schlechter werdenden wirtschaftlichen und sozialen Situation, ein überwiegender Teil der Bevölkerung existiert unterhalb der Armutsgrenze, das Gesundheitssystem ist in einem völlig desolaten Zustand. Herr Yoyo Mulala mit einer 100% Sehbehinderung zurückzuschicken hieße, ihn direkt und mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit Gefahren für Leben und Gesundheit auszusetzen. Er ist vollkommen auf fremde Hilfe angewiesen, zu seiner Tochter hat er seit seiner Flucht keinen Kontakt mehr, eine neue Anstellung ist aufgrund seiner früheren politischen Tätigkeiten nicht zu erwarten. Es wäre für ihn in seinem Heimatland unmöglich, seine Existenz zu sichern, ihm bliebe nur noch die Möglichkeit als Bettler auf die Strasse zu gehen.

Es besteht daher eine konkrete Gefahrenlage, da eine Abschiebung des Herrn Yoyo Mulala in den Kongo bedeutet, dass er dem sicheren Tod beziehungsweise schwersten Verletzungen ausgeliefert wird.

Die politische Situation in Kongo ist nach einem erneuten Putsch (Mord am damaligen Diktator Kabila und Nachfolge durch seinen Sohn als neuer Diktator) äußerst instabil. Im Land herrscht trotz versuchter Waffenruhe Bürgerkrieg. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen schätzen die Menschenrechtslage als katastrophal ein. Das Auswärtige Amt warnt seit dem 5.2.01 dringend vor Reisen nach Kongo. Bis zum Besuch des neuen Diktators Joseph Kabila in Deutschland bestand ein Abschiebestopp für Kongo. Dieser wurde aufgehoben, ohne dass sich die Menschenrechtslage verbessert hätte.

Herr Yoyo Mulala wurde am 27.06.01 im Asylbewerberwohnheim Wettin verhaftet, und seine Abschiebung nach Kinshasa wird für den 4.7.01 vorbereitet. Derzeit befindet er sich in der Zentralen Aufnahmestelle Halberstadt in Haft. Dort kann keine ausreichende Betreuung für einen blinden Menschen gewährleisten werden.

Karawane UnterstützerInnen Gruppe Halle

Bitte schreiben Sie Protestbriefe an:

Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Halberstädter Straße 1-2, Am „Platz des 17. Juni", 39112 Magdeburg

Telefon:(0391)56701, Telefax:(0391) 5675290

E-mail: poststelle@mi.lsa-net.de



Demonstration in Hamburg

Annähernd 30.000 allein in der BRD zeigten sich bislang als PKK'ler an

Zwischenbilanz der Identitätskampagne „Auch ich bin ein PKKler"

Am 31. Mai 2001 veranstalteten unterschiedliche kurdische Institutionen und Vereine eine öffentliche Pressekonferenz in Berlin. Auf dieser Pressekonferenz, die anlässlich des Prozesses von Abdullah Öcalan vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte organisiert wurde, wurde u.a. die Identitätskampagne der Kurdinnen und Kurden, mit der sie ihre politischen und nationalen Rechte einfordern, angekündigt. Am 13. Juni begann vor dem OLG-Düsseldorf die erste Selbstanzeigeaktion „Auch ich bin ein PKK'ler".

Im Folgenden eine chronologische Darstellung der Anzeigen und Aktivitäten zur Identitätskampagne

13. Juni 2001: Beginn der Kampagne: „Auch ich bin ein PKK'ler". 1470 Selbstanzeigen wurden während des Prozesses gegen den kurdischen Politiker Sait Hasso, dem Oberlandesgericht Düsseldorf übergeben.

15. Juni 2001: Selbstanzeigen in Paris: 2100 Selbstanzeigen werden dem Parlamentskoordinator der Sozialistischen Partei, Jean Jacques Kourkrandik, übergeben.
19. Juni 2001: In Schweden haben Kurden in 20 verschiedenen Städten anlässlich der Identitätskampagne Stände eröffnet (...) Izzet Yildirim, Ratsvorsitzender des Kurdischen Vereins in Stockholm sagte, dass sie mit ihrer bis zum 13. Juli 2001 andauernden Standkampagne 30.000 Unterschriften sammeln wollen. Diese gesammelten Unterschriften sollen später mit einer großen Kundgebung in Form einer kollektiven Selbstanzeige übergeben werden.

20. Juni 2001: 876 Frauen in Marseille, Hamburg und Düsseldorf zeigen sich an.
In Marseille fand eine Kundgebung statt, in deren Anschluss eine Delegation die 300 unterschriebenen Formulare mit der Überschrift „Auch ich bin PKK" im Gouverneursamt von Marseille überreichte. In Hamburg waren es 300 Frauen, die sich im Rahmen einer Aktion vom Verein Freier Frauen Mesopotamiens zur PKK bekannten. In Düsseldorf wurden die gesammelten Unterschriften (276 Formulare) nach einer Kundgebung an die Abgeordnete von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Monika Düker, übergeben.

20. Juni 2001: Parallel zur Urteilsverkündung gegen den kurdischen Politiker Sait Hasso im OLG Düsseldorf wurden erneut weitere 2014 Selbstanzeigeformulare überreicht. Somit haben sich alleine in Düsseldorf insgesamt 4060 Kurdinnen und Kurden unter dem Motto: „Auch ich bin ein PKK'ler" angezeigt.

24. Juni 2001: An der „Identitätskampagne" haben sich auch die Flüchtlinge in Maxmur in Südkurdistan beteiligt. Sie überreichten die gesammelten Unterschriften Vertretern der UN

25. Juni 2001: Für die außerhalb Europas lebenden Kurden und Kurdinnen ist ein Koordinationsbüro in Brüssel gegründet worden, das die Beteiligung an der Identitätskampagne ermöglichen soll. In einer Erklärung gab das Büro bekannt, dass bis heute über 10.000 Unterschriften in verschiedenen Ländern Europas an die entsprechenden Institutionen übergeben worden sind. Tel: 0032 - 473 49 36 81; Fax: 0032 2 53 42 511.

26. Juni 2001: 48 kurdische, türkische, armenische und iranische Gefangene im Gefängnis Santa Fu in Hamburg haben im Rahmen der Kampagne die Formularblätter ausgefüllt an die betreffenden Stellen weiter-

geleitet. Im Namen der Gefangenen erklärte Irafan Güven, sie würden sich unabhängig von ihrer Lage im Gefängnis für ihre Identität einsetzten. „Wir unterstützen die zweite Friedensoffensive und die Kampagne zur Abschaffung des PKK-Verbots in Europa und für die Anerkennung der kurdischen Identität. Wir geben uns als Freunde der Kurden und der PKK zu erkennen, weil wir die Unterdrückung des kurdischen Volkes sehen. Alle 48 Gefangene bereiten sich auf ihre juristische Verteidigung vor. Wir rufen alle Menschen aus Kurdistan und ihre FreundInnen dazu auf, die Kampagne zu unterstützen.".

27. Juni 2001: Nachdem zuvor auch die Kurdinnen und Kurden in Frankreich für ihre nationalen und politischen Rechte sich angezeigt haben, führte eine kurdische Delegation mit politischen Vertretern Gespräche, in der sie ihre Forderung zur Sprache brachten. Mit dem jüngsten Beschluss des obersten Gerichts in Frankreich bestünde keine Grundlage mehr für das PKK-Verbot, so die Delegationsteilnehmer. Im weiteren wurde die offizielle Anerkennung der kurdischen Sprache in Frankreich gefordert.

28. Juni 2001: KON-KURD startet ebenfalls eine Unterschriftenkampagne mit der Forderung nach Anerkennung der nationalen und politischen Identität für die KurdInnen. Während einer 18-stündigen Sondersendung im kurdischen Fernsehsender MEDYA-TV haben 14300 Kurdinnen und Kurden den Unterschriftentext von KONKURD per Telefon oder Fax unterzeichnet.

28. Juni 2001: In Wien wurden insgesamt 3000 Selbstanzeigeformulare dem österreichischen Parlamentsvorsitzenden Dr. Heinz Fischer übergeben. Jeden Donnerstag wird die Selbstanzeigeaktion in Wien beibehalten.

28. Juni 2001: In Zypern haben 400 Kurdinnen und Kurden mit der Unterstützung von ihren Freundinnen und Freunden insgesamt 6320 Selbstanzeigen dem zypriotischem Parlament übergeben.

29. Juni 2001: Beginn des Friedensmarsches von Mannheim nach Kehl/Strassburg

29. Juni 2001: Um das PKK-Verbot in Großbritannien, welches am 29. Mai durch den britischen Innenminister verhängt wurde und insgesamt 21 Organisationen umfasst, rückgängig zu machen haben Kurdinnen und Kurden sowie die PKK rechtliche Schritte gegen das Verbot unternommen.

29. Juni 2001: 400 Kurdinnen und Kurden haben in der griechischen Hauptstadt Athen eine Kundgebung durchgeführt und ihre Selbstanzeige-Formulare dem griechischen Parlamentspräsidenten übergeben.

30. Juni 2001: Zum Jahrestag der Verurteilung Öcalans wird auch die Identitätskampagne im Libanon gestartet.

30. Juni 2001: Unter dem Motto: Wir fordern unsere politische und nationale Identität haben Zehntausende Kurdinnen und Kurden Kundgebungen durchgeführt, so in Köln 3000, in Hamburg 4000, in Berlin über 1000, in Zürich über 3000, in Paris über 4000, In Stockholm 400, in Bukarest 250, in Sofia 250 und in Den Haag 1500 Kurdinnen und Kurden sowie EuropäerInnen teil.

30. Juli 2001: In der rumänischen Hauptstadt Bukarest wollten die Teilnehmer die 800 Selbstanzeigen dem Parlamentsvorsitzenden und dem Vorsitzenden der Menschenrechtskommission übergeben, wurden aber von der Polizei gehindert. In Ungarn wurden 270 Selbstanzeigen dem ungarischen Ministerium für Inneres ausgehändigt. Die Kampagne in Ungarn genießt die aktive Unterschützung von unterschiedlichen NGOs und politischen Kreisen.

30. Juni 2001: Demonstration und Selbstanzeigen in London. 3000 Demonstranten übergaben insgesamt 3382 Unterschriften der Selbstanzeige.

02. Juli 2001: In München wurden die Kurdinnen und Kurden daran gehindert, ihre Selbstanzeigeformulare dem Bayrischen Landtag zu übergeben. Die Delegation, denen der Eintritt in den Landtag verwährt wurde, wurde von der Abgeordneten Elisabeth Köhler (Bündnis 90/Die Grünen) vor dem Parlament abgeholt. Ihr wurden schließlich 786 Unterschriftsformulare übergeben. Die Abgeordnete sicherte den Delegationsmitgliedern zu, sie werde die Unterschriften dem Bundestag weiterleiten. Nach der Beendigung der Kundgebung wurde das Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses, Haci Erdogan, sowie Nick Brauns mit der Begründung des Verstosses gegen das Vereinsgesetz festgenommen. Die Kundgebung war genehmigt. In der Wohnung von Herrn Erdogan wurden zwei Computer, Bücher und Unterlagen beschlagnahmt. Nach der Kundgebung wurde das Med Kulturhaus in München von der Polizei gestürmt. Alle, die sich im Verein befanden, durften für eine gewisse Zeit die Vereinsräume nicht verlassen. Die Identität wurde von allen festgestellt und die Räume durchsucht. Der Grund für diese Durchsuchung sei, so der Pressesprecher der Polizei Herr Maximilian Kiemer, die Nähe des Vereins zur PKK zu überprüfen.

02. Juli 2001: Sitzdemonstrationen mit Selbstanzeigen in vielen deutschen Städten, so in Mainz; Hamburg (Nach einer Sitzdemonstration vor der Justizbehörde Hamburg von 1500 Kurdinnen und Kurden wurden insgesamt 2168 Unterschriften der Selbstanzeige Herrn Dr. Dübbel, Vorsitzender der Justizbehörde HH, übergeben. Als die Demonstranten sich auflösen wollten, wurden sie von der Polizei gehindert und mussten eine Stunde warten, bis die Polizei die Identität aller Teilnehmer feststellen konnte.); Bremen: Vor dem Abgeordnetenhaus Bremen kamen vor allem Kurdinnen zu einer Kundgebung zusammen und übergaben insgesamt 1400 Unterschriften dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses; Berlin: In Berlin wurde die Sitzdemonstration vor dem Justizsenat durchgeführt. Eine Delegation übergab die Kopien der 2000 Unterschriften dem Justizsenator Wiland. Die Originalunterschriften wurden dem Berliner Oberstaatsanwalt Heike übergeben. Dieser wiederum fragte: „Wie sammelt Ihr all diese Unterschriften, wie organisiert Ihr all diese Leute?" und fügte hinzu: „Sagt der PKK, sie soll uns nicht viel Arbeit aufhalsen". Auf den Hinweis des Staatsanwaltes, im Falle einer rechtswidrigen Handelung würden sie Prozesse eröffnen, erklärten die Kurdinnen und Kurden, dass sie sich dessen im Klaren seien; Kiel: 450 Unterschriften wurden der Landesparlamentspräsidentin, Frau Seigle, übergeben.

02. Juli 2001: Polizei und Behörden versuchen den Friedensmarsch zu verbieten.

KIZ (stark gekürzt)

KON-KURD weitet ihr Ziel aus

Wie die Konföderation Kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD) in einer Erklärung bekannt gegeben hat, ist das Ziel von 100 000 Unterschriften im Rahmen der Kampagne unter dem Motto „Völker existieren mit ihrer Identität. Unsere nationale und politische Identität ist unsere Würde" bereits überschritten. Als neues Ziel seien deshalb 200 000 Unterschriften gesetzt worden. Aus diesem Grund sei der Kampagnenzeitraum bis zum 31. August verlängert worden. Am 31. August wird auch der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan seine Verteidigungsschrift beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof einreichen. (...) (Özgür Politika, 20.7.2001)

Letzte Ergebnisse

Am 20. Juli wurde in der Tageszeitung Özgür Politika die folgende Zwischenbilanz veröffentlicht. Demnach haben sich Bislang 83.929 Menschen unter dem Motto"Auch ich bin ein PKKler" angezeigt. Nach Ländern aufgeteilt ergibt sich folgendes Bild:

Deutschland:	30.752
Frankreich:	5.118
Schweiz:	16.969
Niederlande:	3.970
Grossbritannien:	4.730
Dänemark:	5.627
Schweden:	5.627
Balkan:	9.120
Zypern:	9.120
Österreich:	4.298
Belgien:	1.095
Italien:	2.250

BRD

Kurdischer Politiker erneut in Haft

Aufgrund eines Haftbefehls des Bundesgerichtshofes vom 11. Juni 2001 wurde der kurdische Politiker Halit Y. gestern in der Wohnung von Nuri K. in Bochum verhaftet. Auf Antrag des Generalbundesanwalts (GBA) wurde diese durchsucht, weil Halit Y. dort „seinen Lebensmittelpunkt“ eingerichtet habe und Belege verwahrt seien, „die als Beweismittel für seine Einbindung in den führenden Funktionskörper der PKK“ dienen könnten. Beschlagnahmt wurden u. a. Protokolle der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM).

Der 44-jährige Kurde wurde bereits 1998 wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ (§ 129 a StGB) zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, die er größtenteils in der Justizvollzugsanstalt Bochum verbüßte, in der er sich auch seit seiner erneuten Verhaftung in U-Haft befindet.

Halit Y. arbeitete bis zu seiner Verhaftung im Vorstand von YEK-KOM und setzte sich insbesondere im Rahmen der Identitäts-Kampagne für eine Legalisierung der kurdischen Bewegung in der Bundesrepublik ein. Ziel dieser Kampagne ist es, der Verleugnungs- und Verbotspolitik in Deutschland entgegenzuwirken und eine Anerkennung der kulturellen und politischen Rechte der Kurdinnen und Kurden zu erreichen.

AZADI wertet diese Verhaftung als einen erneuten Versuch, die Friedensbemühungen der Kurdinnen und Kurden zu kriminalisieren und zu unterbinden.

AZADI fordert ferner die demokratische Öffentlichkeit auf, die Beschneidung der demokratischen Rechte eines Teiles der Bevölkerung, der Kurdinnen und Kurden in Deutschland, nicht länger hinzunehmen.

PE Azadi

Komplizenschaft BRD –Türkei

Mit deutscher Polizeibegleitung direkt in türkische Haft

Das erste Mal in der langen bundesdeutschen Abschiebegeschichte wurde ein ganzes Flugzeug mit insgesamt 88 türkischen StaatsbürgerInnen aus Deutschland abgeschoben. Das eigens hierfür von den deutschen Behörden gecharterte Flugzeug hatte auch 56 deutsche Sicherheitsbeamte an Bord, die die Abgeschobenen in Istanbul ihren türkischen Amtskollegen übergaben.

Türkischen Medienberichten zufolge wurden 25 der Abgeschobenen, bei denen es sich überwiegend um Kurden gehandelt haben soll, sofort auf dem Flughafen Istanbul verhaftet, weil sie wegen verschiedener Delikte von der türkischen Justiz gesucht würden. Die übrigen sollen nach Überprüfung ihrer Personalien zunächst freigelassen worden sein. Unter den Abgeschobenen waren nach Angaben der türkischen Tageszeitung „Sabah“ auch Kranke und Behinderte.

Obwohl seit einigen Jahren Recherchen von PRO ASYL und dem niedersächsischen Flüchtlingsrat eine Fülle von Belegen dafür ergeben, dass in Deutschland abgelehnte kurdische Flüchtlinge nach ihrer Abschiebung in der Türkei verfolgt und gefoltert werden, schiebt die Bundesregierung davon offenbar immer noch unbeirrt Menschen direkt in Polizeigewahrsam ab. Die Zahl der nachgewiesenen Misshandlungsfälle von kurdischen Flüchtlingen aus den letzten 2 Jahren geben PRO ASYL und niedersächsischer Flüchtlingsrat mit insgesamt 35 an. Und dies dürfte nur die Spitze des Eisbergs sein, da unzählige Flüchtlinge sich aus Angst vor weiteren Repressionen nicht melden und lieber verstecken, statt eine Beschwerde beim türkischen Menschenrechtsverein einzureichen, zumal dieser selbst von massiver Repression betroffen ist.

Um die Hintergründe dieser Massenabschiebung untersuchen zu lassen, haben wir heute eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Besonders die Frage ob die Bundesregierung ausschließen kann, dass die Abgeschobenen aufgrund ihnen vorgeworfener politischer Delikte verhaftet wurden, wird zu klären sein.

Die Kleine Anfrage an die Bundesregierung kann in unseren Büros angefordert werden.

Büro Carsten Hübner, MdB PDS

Türkei

Auch E-Typ ist jetzt F-Typ

Während das Todesfasten gegen das Isolationszellensystem in den F-Typ-Gefängnissen weiter andauert, sind die „E-Typ“- und „Geschlossenen“ Gefängnisse in Kurdistan durch innere Umbauarbeiten inzwischen ebenfalls in „F-Typ“- Gefängnisse umgewandelt worden. Die Gemeinschaftszellen sind durch eingezogene Mauern zu Einzel-, Zweier- und Viererzellen umgebaut worden. Wegen allgemeiner Überfüllung der Gefängnisse befinden sich jedoch bis zu zehn Personen in den Zellen. Wie in allen Gefängnissen in der Türkei finden auch in den Gefängnissen in Kurdistan seit Jahren grobe Menschenrechtsverletzungen statt. Der Übergang zum F-Typ, an dem seit ein paar Jahren gearbeitet wird, wurde mit der angeblichen Notwendigkeit begründet, die Gefängnisse unter Kontrolle zu bringen.

Nachdem mit einer blutigen Operation in zwanzig Gefängnissen die politischen Untersuchungs- und Strafgefangenen in die bereits fertiggestellten F-Typ-Gefängnisse verlegt wurden, befinden sich jetzt auch die Gefangenen in den Gefängnissen in den kurdischen Provinzen durch interne Verlegungen im F-Typ. Die Vorsitzende des IHD Istanbul, Eren Keskin, hat einen Untersuchungsbericht über die Gefängnisse in Kurdistan erstellt. Nach diesem Bericht sind die Zellen in den Gefängnissen zweigeschossig wie auch im F-Typ. Im unteren Stockwerk befinden sich Bad und Küche, im oberen der Schlafbereich. In den ohnehin schon kleinen Viererzellen befinden sich zehn Personen. Ein großer Teil der Gefangenen schläft auf dem Boden. Das Bad ist winzig und hat keine Tür. Zum Duschen gibt es einmal wöchentlich für eine Stunde lang Wasser, das sich zehn Gefangene teilen müssen. Auch der Hof ist sehr klein, in der Breite vier Schritte, in der Länge acht Schritte. Die Tür zum Hof ist zwischen sechs Uhr morgens und zwanzig Uhr abends geöffnet. Der Familienbesuch ist beschränkt. Es gibt lediglich sechs Besuchskabinen. Die Besuche finden zwischen 9.00 und 14.00 Uhr statt. Seit dem letzten Erlass können verheiratete Gefangene ihre PartnerInnen und Kinder bis zum Alter von zehn Jahren einmal im Monat ohne Trennscheibe sehen. Von den Familien mitgebrachte Lebens- und Reinigungsmittel werden nicht angenommen. Die Gefangenen haben keine Möglichkeit zum kochen. Das Gefängnisessen ist schlecht. Die verwendeten Zutaten verursachen Hormonstörungen. Es gibt nur einmal wöchentlich Obst, und das in sehr geringer Menge. Als Grund wird die Wirtschaftskrise genannt. Ein großer Teil der Bücher und Zeitschriften werden ebenfalls nicht zugelassen. Nach dem Massaker vom 19. Dezember wurden alle Privatgegenstände der Gefangenen beschlagnahmt. Gemäss der Neuregelung darf ein Gefangener lediglich vier Hosen, zwei Hemden, ein Paar Hausschuhe, ein Paar Schuhe, eine Jacke und einen Pullover besitzen. Die weiblichen Gefangenen können von draußen Unterwasche erhalten. Die männlichen Gefangenen sind gezwungen, Unterwäsche im Gefängniskiosk zu kaufen. Neben diesen Problemen, die durch den Übergang zum Kleinzellensystem entstanden sind, gibt es auch weiterhin die allgemeinen Schwierigkeiten in den Gefängnissen. Insbesondere beim Transport zu den Gerichtsverhandlungen sind die Gefangenen Misshandlungen ausgesetzt. Beispielsweise wird das Bedürfnis nach Toilette und Wasser nahezu als Foltermethode genutzt. Auch Gesundheitsprobleme sind sehr verbreitet. Es gibt vor allem Frauenkrankheiten, Nieren- und Magenprobleme, Blutleere und Zahnprobleme.

In den meisten Gefängnissen gibt es keine Ärzte. In Notfällen kommen ÄrztInnen von außerhalb. Verlegungen in Krankenhäuser werden in gänzlicher Willkür von den Militärs entschieden. Insbesondere bei ärztlichen Untersuchungen von weiblichen Gefangenen entstehen Probleme, weil die Soldaten mit ins Behandlungszimmer kommen. Aus diesem Grund lehnen viele Frauen eine ärztliche Untersuchung ab. Außerdem sind die Gefängnisse in unhygienischem Zustand und viele sind von Insekten befallen.

FARUK AKTAS, Özgür Politika, 20.7.2001

Interview in Devrimci duru

„Aus über 20 Jahren Erfahrung mit der weißen Folter wissen wir, wie existenziell der Kampf gegen die Isolation und Vereinzelung ist und wie dringend die internationale Solidarität ist"

Die linke türkische Zeitung Devrimci duru (Revolutionäre Haltung) führte mit Libertad! ein Interview, das wir hier nachdrucken.



Langer Kampf gegen die Isolationshaft: ... Solidarität mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF 1989

Ihr habt vor einem Jahr mit einer Kampagne gegen die Einführung von Isolationshaft in der Türkei begonnen. Welche Bedeutung habt ihr dieser Entscheidung gegeben, welchen Stellenwert hat diese Auseinandersetzung für euch?

Erst mal sahen wir den Versuch, Isolationshaft in der Türkei einzuführen, nicht als eine unter vielen Auseinandersetzungen. Es ist eine zentrale Frage, die - was erfahrungsgemäß auch die Haftbedingungen in Deutschland gezeigt haben - die Lebensbedingungen der Gefangenen einschneidend verändert. Die Identität der politischen Gefangenen als revolutionäre Subjekte soll zerstört werden, um den Menschen draußen die Sinnlosigkeit ihrer Kämpfe vorzuführen. So herum richtet sich die Repression nicht nur gegen die Gefangenenkollektive, sondern zielt mitten hinein in die Gesellschaft. Vereinzelt sind die Menschen verwundbarer, müssen sich viel mehr um die eigene Verteidigung und Existenzsicherung kümmern als in der Gemeinschaft oder im politischen Kollektiv. Nicht umsonst haben die Gefangenen in Deutschland immer wieder mit aller Entschlossenheit um ihre Zusammenlegung gekämpft. Wir konnten in all den Jahren nie alle Forderungen der Gefangenen durchsetzen, es gab immer nur kleine Erfolge und Veränderungen.

Aus über 20 Jahren Erfahrung mit der weißen Folter wissen wir, wie existenziell der Kampf gegen die Isolation und Vereinzelung ist und wie dringend die internationale Solidarität ist. Von daher haben wir uns im Sommer letzten Jahres für die Kampagne entschieden. Eben nicht so nebenbei, sondern mit einem eigenen Platz im Rahmen unserer Aktivitäten.

Wir haben gleichzeitig festgestellt - ein Mitglied von Libertad! war im Frühjahr letztes Jahr auf einer Konferenz in Ankara gegen die Einführung der F-Typ Gefängnisse in der Türkei und konnte dazu berichten - dass es innerhalb der türkischen und kurdischen Organisationen noch wenig Begriff darüber gab, was Isolationshaft bedeutet. Ebenso die Gefangenen, für sie war das, was auf sie zukommt, noch abstrakt, auch wenn alle gleichzeitig spürten, wie tief der Einschnitt sein würde. Wir sahen es also gleich von Anfang als eine Aufgabe, über die Erfahrungen mit Isolationshaft und den Widerstand dagegen zu informieren.

Der Name eurer Kampagne, „Kein Stammheim am Bosporus", weist darauf hin, dass ihr von einer besonderen Rolle der deutschen Regierung ausgeht. Könnt ihr dazu etwas sagen?

Wie in der ersten Antwort erwähnt, Isolationshaft ist ein Exportprodukt der deutschen Regierung. Man hat hier Erfahrungen damit gesammelt, man hat die Isolationshaft bis zur perversen Perfektion entwickelt und erforscht; unter anderem an einem Sonderforschungsinstitut in Hamburg. „Sensorische Deprivation", so der Fachbegriff, entzieht dem Gefangenen alle äußeren Reize, soll ihn isolieren von seiner Umgebung. Man weiß aus Versuchen, dass sensorische Deprivation zur physischen und psychischen Vernichtung führen kann.

Jeder in Deutschland - allen voran die verantwortlichen Politiker - weiß, dass in der Türkei gefoltert wird. Das gehört zum Allgemeinwissen hier dazu. Die großen Zellen, in denen die Gefangenen in der Türkei untergebracht waren, boten zumindest einen Schutz vor willkürlichen Übergriffen gegen einzelne Gefangene. Die Repressionsorgane mussten immer gleich gegen viele Gefangene vorgehen und natürlich war das eine andere Konfrontation.

Außerdem - das ist auch allgemein bekannt - werden Gefangene nach ihrer Festnahme auf Polizeistationen fast ausnahmslos gefoltert. Mit wem spricht der Gefangene danach über das Erlittene, wie geht er mit den Folterspuren um, wenn ihm die Genossen und Genossinnen fehlen, die ihn früher in der Gemeinschaftszelle aufnahmen, seine Wunden pflegten, die inneren und die äußeren? Wie viel mehr an Stärke und Kraft wird in dieser einsamen Lage von den einzelnen Genossen abverlangt? Es geht, das sagen unsere ehemaligen Gefangenen alle, auch in dieser Situation, Widerstand zu entwickeln, aber es ist ungleich schwieriger. Dafür steht Stammheim - weltweit!

In Stammheim kamen unter immer noch ungeklärten Umständen fünf Gefangene aus der RAF ums Leben.

Aber genau diese Möglichkeit, auf iso-

Zur Lage im Todesfasten

Stand 25.7.2001

Drei Gefangene und eine Angehörige sind in den letzten vier Wochen gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Gefallenen auf 60, fünf davon sind Angehörige.

200 bis 300 Gefangene befinden sich weiterhin im Todesfasten. 24 Angehörige und ehemalige Gefangene haben sich der Aktion der Inhaftierten angeschlossen: 20 in Amutula und je zwei in Ankara und Malatye.

IKM HH

lierte Gefangene ohne jede Kontrolle durch Zeugen zugreifen zu können, bietet dem Staat Möglichkeiten, die er im sogenannten Normalvollzug nicht so einfach hätte.

Wie schätzt ihr eure bisherige Praxis dazu ein - konntet ihr in irgendeiner Form Einfluss auf die Auseinandersetzung nehmen?
Nein, leider nicht. Wir sind wohl weit davon entfernt, wirklich Einfluss auf gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in dem Sinn nehmen zu können, dass wir eine Entwicklung herumreißen könnten, dass wir etwas stoppen bzw. verhindern könnten. Da machen wir uns auch keine Illusionen. Trotzdem: Es ging und geht uns um eine langfristige Auseinandersetzung, um die Aneignung von Möglichkeiten, immer wieder an Punkten zu intervenieren. In erster Linie Schutz für die Gefangenen aufzubauen, ihnen unsere Solidarität rüberzubringen, sie nicht allein zu lassen.

Zu Beginn unserer Kampagne legten wir Wert darauf, auch hier in Deutschland noch mal über das Projekt Isolationshaft und die Kämpfe dagegen zu informieren. Das Wissen um diese Art von Folter ist auch in der Linken hier nicht mehr vorhanden. Man könnte sagen, der Plan der Herrschenden hat funktioniert, die Gesellschaft akzeptiert dieses Unterdrückungselement. Unsere Massenzeitung, die Plakate, Flugblätter und Informationsveranstaltungen waren also immer auch für die Menschen hier zur Aufklärung gemacht. Wir denken, dass alle, die sich irgendwie noch für linke Politik interessieren, informiert sind, und natürlich haben wir auch andere Menschen erreicht.

Das „Highlight" unserer bisherigen Aktivitäten, das eigentlich nur im Ergebnis eins war, war eine Protestaktion im August letzten Jahres auf der Expo. Yilmaz war zum Türkeitag angereist, und wir wollten zusammen mit Genossen aus der Kurdistan-Solidarität Transparente entrollen, Handzettel verteilen und Parolen rufen. Noch bevor wir Pips sagen konnten, waren wir alle von Polizei umzingelt und wurden nach und nach abtransportiert. Einige schafften es noch, Parolen zu rufen und damit die Aufmerksamkeit der Presse auf unsere Aktion zu lenken. Es gab großes Interesse an unserer Zeitung und an den Handzetteln, die noch verteilt werden konnten. In der türkischen Presse kam unsere Aktion sehr gut rüber, fast in allen Zeitungen auf der Titelseite, auch unser Anliegen, gegen die Einführung des F-Typ.

Als der Hungerstreik im Oktober begann, waren wir hauptsächlich mit regionalen Aktivitäten beschäftigt, meist gemeinsam mit türkischen und kurdischen Genoss/innen. Infotische, Flugblattverteilen bei Veranstaltungen, Kundgebungen und ähnliches. Im Spätherbst hatten wir noch eine Rundreise mit dem türkisch/kurdischen Regisseur Hüseyin Karabey veranstaltet, der den Film BORAN zur Problematik der Verschwundenen in der Türkei gedreht hatte.



Ebenfalls 1989: Hungerstreik der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r)

Wir unterstützten ihn auch während dieser Zeit bei der Arbeit zu seinem neuen Film SESSIZ ÖLÜM, der vor kurzem in der Türkei angelaufen ist und der sich mit der Isolationsfolter in Europa auseinander setzt. Auf den Filmveranstaltungen war immer auch die geplante Einführung der Isolationshaft ein Hauptthema.

Wir hatten zwar in Libertad! darüber geredet, dass wir bei ersten massiven Übergriffen auf Gefangene in unseren Städten noch mal verstärkt aktiv werden, aber als die Stürmung im Dezember lief, hatten wir wenig in der Hand. Neue Initiativen hatten wir noch keine entwickelt, ähnlich gute Gelegenheiten wie bei der Expo, bei der wir auch genügend Vorbereitungszeit hatten, ergaben sich auch keine.

Zu dem Zeitpunkt wäre es unserer Meinung nach sehr wichtig gewesen, in Richtung Türkei politische Signale zu senden, also Aktionen, die in der Türkei wahrgenommen werden. Wir kamen mit unserer Handlungsfähigkeit an Grenzen. Darüber hinaus hatten sich auch keine neuen politischen Möglichkeiten mit anderen Linken ergeben, weil es die meisten einfach nicht interessierte, was dort geschieht. Im Grunde, wenn man sich die Dimension der Auseinandersetzung anschaut, eine wahre Bankrotterklärung.

Wir blieben auf unsere regionalen Aktivitäten beschränkt, und begannen zu der Zeit schon mit den Vorbereitungen zum 18. März 2001, dem bundesweiten Aktionstag gegen staatliche Repression und für die Freiheit der politischen Gefangenen. Die Situation in den türkischen Knästen, der Kampf der politischen Gefangenen dort, hatte auch einen eigenen Platz.

Gab und gibt es Zusammenarbeit mit türkischen Linken; und wenn ja, mit welchen Erfahrungen/Ergebnissen?
Wie schon gesagt, auf regionaler Ebene liefen Aktionen zusammen. Ansonsten gestaltet sich die Zusammenarbeit nicht so einfach, da wir als Libertad! Wert drauf legen, Gefangene in ihrem Kampf zu unterstützen, ohne jetzt im Einzelnen die Ideologie zu teilen. Solidarität ist für uns nicht davon abhängig, zu welcher Organisation jemand gehört und welcher der linken revolutionären Ideologien jemand anhängt. Dann - auch wenn das jetzt nicht heißen soll, dass das falsch ist - wir sind keine klassischen „Unterstützer", sondern wollen eine eigene, für uns als deutsche Linke authentische Praxis entwickeln. Wir gehen also mit eigenen Vorstellungen in die Diskussion, sind durchaus bereit, hier und da zu helfen, es geht uns aber um die Entwicklung gemeinsamer Initiativen. Die Fraktionierung der türkischen Linken müssen wir auch berücksichtigen in unserer Zusammenarbeit. Wir wollen uns auf keine Seite ziehen lassen.

In der Türkei stehen derzeit Journalisten vor Gericht, Zeitungen werden bestraft, weil sie über das Todesfasten berichten. Gleichzeitig will die Türkei in die EU. Seht ihr in einer Annäherung der Türkei an Europa Chancen hinsichtlich eines Demokratisierungsprozesses?

Zuerst mal, wir sind keine Anhänger irgendeiner europäischen Regierung oder überhaupt bürgerlicher Demokratie. Und wir wissen sehr gut, dass die „Zugehörigkeit" zu Europa einen hohen Preis hat. Wir haben nicht vergessen, dass in Spanien die Hochsicherheitsgefängnisse und damit die Isolationsfolter erst nach der Diktatur Francos unter einer sogenannten demokratischen Regierung eingeführt wurden. Eine Bedingung für den Beitritt in die Europäische Union war, die Situation in den Gefängnissen zu „verbessern".

Wir haben hier auf jeden Fall einige Möglichkeiten mehr als unsere Genoss/innen in Ländern, in denen diktatorisch regiert wird, wie z.B. in der Türkei. Diese Möglichkeiten nutzen wir auch. Aber fundamentale Opposition wird hier erbittert bekämpft. Un-

seren Repressionsapparaten stehen dabei ausgefeilte und differenzierte Methoden zur Verfügung, die sie allemal bereit sind einzusetzen. Wie weit sie dabei gehen, sieht man an den Haftbedingungen, an der Existenz von Isolationshaft in allen europäischen Staaten, an der praktizierten Bereitschaft, politische Gegner physisch und psychisch zu vernichten. Zuletzt geschehen während des EU-Gipfels in Göteborg im Juni, als die Polizei mitten in die Gegendemonstration schoss und dabei mehrere Menschen verletzte, einen Demonstranten lebensgefährlich. Das ist das eine.

Die andere Frage ist die, welchen Einfluss haben die europäischen Staaten tatsächlich auf die inneren Geschehnisse in der Türkei und wie weit wollen sie damit gehen. Die Türkei ist ein eigenständiger Machtfaktor, sie hat eine wichtige Rolle in der ganzen Region, und wirft sie ihr Gewicht in die Waagschale, hat sie doch einiges selbst zu bestimmen bzw. weiß sich auch zwischen den beiden Interessenten USA und Europa gut zu bewegen. Die europäischen Militärstrategen der WEU haben die Region als Nahtstelle zum arabischen Raum längst eingebaut, aber auch die NATO will ihren Daumen darauf behalten. So wird sich die türkischen Regierung die Entscheidung, unter wessen Oberkommando sie sich stellen wird auch teuer bezahlt lassen.

Das sieht man auch jetzt in der Wirtschaftskrise. Der IWF versucht die Türkei unter Druck zu setzen mit Kreditzusagen, die an bestimmte wirtschaftliche Maßnahmen gekoppelt sind. Türkische Politiker wiederum, die um ihre Pfründe fürchten, halten dagegen, allen voran Mitglieder der MHP, die im Zusammenhang mit den Forderungen des IWF von kolonialer Unterdrückung reden. Auch wenn das sachlich nicht ganz falsch ist, es ist schon in einem anderen Zusammenhang ein schlechter Witz, wenn MHPler von kolonialer Unterdrückung reden, und gleichzeitig den türkischen Nationalismus gegen Kurdistan schüren.

Dann, wie weit wollen die europäischen Staaten gehen: Die Anti-Folter-Kommission des Europarats sieht in der Auseinandersetzung um die Einführung des F-Typ ja lediglich ein Vermittlungsproblem. Den Gefangenen sei nur nicht klar gemacht worden, dass sich ja tatsächlich ihre Haftbedingungen verbessern würden. Also Isolationshaft ja, aber bitte die Verpackung ändern. So wird dann beiden Seiten Maßlosigkeit vorgeworfen. Der türkischen Regierung in ihrem harten Vorgehen insbesondere am 19. Dezember, den politischen Gefangenen in der Weigerung, ihr Todesfasten zu beenden. Beide werden als gleichermaßen verantwortlich für die Eskalation hingestellt.

Nach über 250 Tagen und fast 60 toten Gefangenen und Angehörigen hat sich die türkische Regierung immer noch nicht bewegt. Wie seht ihr die Situation? Wie schätzt ihr die Haftaussetzungen von vielen schwer kranken Genossen ein?

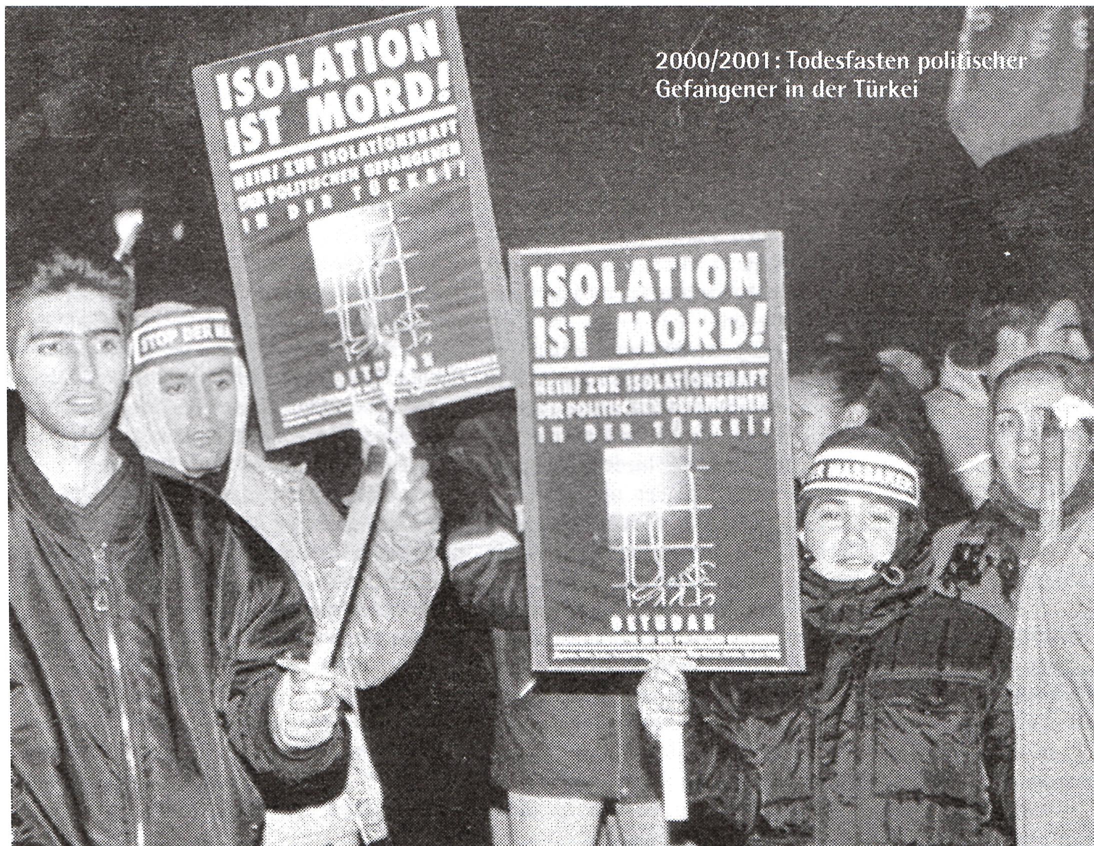
Bisher gibt es für die türkische Regierung anscheinend noch keinen Grund, von der harten Haltung abzuweichen. Das liegt auch daran, dass der internationale Druck nicht vorhanden ist. Wo sind die Kämpfe weltweit, die es zu ihrer Sache machen, dass politische Gefangene weiterhin Teil der Auseinandersetzungen bleiben können, wo sind die Bewegungen, die die Parole „FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN“ auf die Tagesordnung setzen. Ihr seht es doch auch in der Türkei selbst, wie die Lage ist. In den letzten Monaten gab es viel Bewegung gegen die menschenverachtende Finanzpolitik, gegen die Korruption und Ausbeutung, aber war der Kampf der Gefangenen, die alle genau gegen diese Ausbeutungsstrukturen gekämpft haben ein Teil? Auch hier in Europa, in der starken Mobilisierung gegen die G8 Treffen in diesem heißen Sommer, werden wir diese Parole nicht oft hören können. Wir alle haben im vergangenen Jahrzehnt viel verloren und heute sehen wir das traurige Resultat. Das heißt nicht, jetzt aufzugeben, dafür ist der Kampf der gefangenen Genossen zu nah. Aber wir stehen vor einer schwierigen Aufgabe. Und wir haben eine große Verantwortung, denn die Genossen sterben...

Wie sagte ein Genosse aus Nord-Irland zu den Genossen von TAYAD: „Auch bei uns sind zu viele gestorben, aber wir haben immer die Hoffnung auf den Sieg gehabt und wir haben gesiegt. Verliert sie nicht, denn sonst lasst ihr die Gefangenen alleine.“

Und, auch wenn die politischen Gefangenen heute das Todesfasten beenden würden, auch ohne Erfüllung ihrer Forderungen, ihre Würde haben sie nicht verloren. Die haben sie unter großen Opfern verteidigt - und das sollte Niemand vergessen! Und den Mördern von Bayrampasa, Ulucanlar, Bursa und all die anderen Orte der Unterdrückung und Repression, wird nie verziehen.

Und niemand sollte sich davon blenden lassen, dass der türkische Staat jetzt die schwer kranken Gefangenen befristet entlässt. Sie werden jeden Genossen wieder holen, der sich erholt und nicht schweigt, sondern weiterhin Widerstand leistet. Sie halten den Schein der Demokratie und Gnade aufrecht, weil sie wissen, dass sie morden. Und, ihr Kalkül ist es den Menschen, die den Widerstand der Gefangenen unterstützen, Angst zu machen, sie zu verunsichern. Jetzt müsst ihr viel mit den Menschen reden, ihnen die Lage erklären. Das ist unter diesen Bedingungen nicht einfach, daher umarmen wir euch alle solidarisch und wünschen euch viel Kraft!

Und bitte, schickt einen revolutionären Gruß über die Mauern an die gefangenen Genossen im Kampf!



2000/2001: Todesfasten politischer Gefangener in der Türkei

Mehr als 200 Leute feiern in Barcelona die Freilassung von Benjamí Ramos!

Benvingut a casa, Benjamí!

Am Samstag, den 21.7., feierten mehr als 200 Leute gemeinsam mit Benjamí Ramos, ehemaliges Mitglied des Kollektivs der baskischen Gefangenen, dessen Freilassung. Der Saal war mit Plakaten, die es in den letzten Jahren zu Benjamí und anderen Gefangenen gab, geschmückt. Neben katalanischen und baskischen Fahnen waren Transparente gegen das Antiterrorgesetz, gegen die Zerstreuungspolitik des spanischen Staates und für die Freilassung der haftunfähigen und „3/4 Gefangenen" aufgehängt. Zudem wurde eine Ausstellung zur Situation der Gefangenen aus der RAF unter dem Motto: „Freiheit jetzt" gezeigt. Auf der Veranstaltung wurde Informationsmaterial zu den Gefangenen aus der katalanischen Linken (Zigor Larredonda und Diego Sanchez), sowie aktuelle und Hintergrundinformation zum Todesfasten in der Türkischen Republik verteilt. Unter dem Motto: „Herzlich Willkommen zu Hause", begann um 18.30h schließlich die Veranstaltung. Neben Gedichten und Redebeiträgen der Unterstützungskomitees wurden auch Briefe von politischen Gefangenen aus Grapo/PCE(r), von Gefangenen aus ETA und von Zigor Larredonda aus der katalanischen Linken verlesen. Zudem gab es eine Grußbotschaft des Angehörigen-Infos aus Hamburg und der ehemaligen Internationalistischen StudentInnen aus Bremen.

Eingeleitet wurde die VA mit einem Gedicht. Es folgte ein Redebeitrag von Pep Musté, ehemaligem politischen Gefangenen aus Terra Lluire. Danach gab es einen internationalistischen Abschnitt mit den Grußbotschaften aus der BRD, und dann sprachen VertreterInnen von rescat, Barcelona und des Solikomitees Benjamí Ramos, Barcelona. Inhaltlich wurde in verschiedenen Beiträgen u.a. das Todesfasten der türkischen Gefangenen, wie auch die Ermordung eines Demonstranten durch einen italienischen Carabinieri bei den Aktivitäten gegen den G8-Gipfel in Genua thematisiert. Als Benjamí auf die Bühne kam, überreichten ihm zwei Kinder Rosensträuße. Nachdem live ein baskisches Musikstück gespielt worden war, sprach Benjamí. In seiner Rede dankte er allen für ihre Solidarität und sagte, das was ihm im Knast am meisten Mut und Kraft gegeben hatte, war es zu wissen, dass es draußen eine Bewegung gab, die mit ihm und seinem Kampf solidarisch war. Zudem bezog er sich auf Zigor und Diego, dass für ihre Freiheit und die aller politischen Gefangenen noch viel zu tun ist, dass wir dafür auf die Strasse gehen müssen und dass der Kampf noch lange nicht zu Ende ist. Mit Mut, Einheit und Entschlossenheit zur Revolution werde es aber irgendwann ein befreites Land, und viele Frühlinge in Freiheit geben. Er schloss damit: „Es lebe das Land - Holen wir die Gefangenen raus!" Nach Benjamís Rede wurden mehrere Briefe und Grußadressen von Gefangenen verlesen und die Veranstaltung wurde mit der katalanischen Hymne und „visca terra lliure"-Rufen (es lebe das Freie Land/Terra Lliure war auch eine katal. sozialistische Guerrilla, die ihre letzten Aktionen 92 durchführte) beendet. Alle Beiträge wurden lange beklatscht.

Unter den Anwesenden waren u.a. 2 Leute des ehemaligen Solikomitees Benjamí Ramos aus Berlin und 20 Leute aus Euskal Herria, darunter die 82-jährige Mutter eines baskischen Gefangenen, die über 500 Km Weg hinter sich brachte, um an dem Fest für Benjamí teilzunehmen.

Nach dem Fest gab es im engeren Kreis von ca. 80 Leuten noch ein gemeinsames Begrüßungsabendessen.

Benjamí muss sich seit seiner Entlassung alle zwei Wochen melden. Viel verbringt er momentan mit Besuchen bei ÄrztInnen. Gesundheitlich geht es ihm etwas besser, aber er ist noch immer stark angegriffen. Bislang konnte er jedoch wenigstens seine akuten Krankheiten kurieren. Die Entscheidung ob er auf Bewährung rauskommt, ist inzwischen an die Audiencia Provincial weitergegeben, von daher ist eine schnelle Entscheidung erst mal nicht zu erwarten.

Barcelona, 24.7.01 C.I.I.S (Collectiu d'Informació Internacionalista i Solidària)

Zivilbullenprovokationen auf Antiweltbankdemo in Barcelona

22 Festnahmen und zahlreiche Verletzte waren Bilanz eines brutalen B.einsatzes

Auf der Demo gegen Konferenz der Weltbank in Barcelona am 24.7.01, die von einem breiten Bündnis getragen wurde und an der ca. 40.000 Leute teilnahmen, kam es gegen Schluss zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen B. und DemonstrantInnen.

Obwohl die Tagung der Weltbank aufgrund der angekündigten Protestaktionen nicht stattfand bzw. aufs Internet verlagert worden war, fanden die vielfältigen geplanten Gegenaktivitäten statt. U.a. waren verschiedene Demos, Foren, Diskussionszirkel zu den unterschiedlichsten Themen sowie ein Volkstribunal geplant. Während der zentralen Demo am 24.7. wurde gegen Spekulation, für Hausbesetzung, gegen Banken, Internationales Kapital und Fast-Foodketten gesprüht, und vereinzelt wurden Scheiben eingeworfen. Als gegen Ende der Demo an der Placa Catalunya Steine gegen Banken und Bekleidungsketten flogen, da mischten B. in Zivil kräftig mit, z.T. begannen diese selbst damit, Scheiben einzuschlagen und ihre KollegInnen mit Steinen zu bewerfen und mit Knüppeln zu prügeln, um damit einen B.einsatz zu provozieren und Minuten später gegen die DemonstrantInnen mit Prügeln fortzufahren. Diese Knüppeleinsätze waren brutal und es gab viele Verletzte. Die DemonstrantInnen wurden auseinandergetrieben und mit Gummimunition aus unmittelbarer Nähe beschossen. Insgesamt wurden 22 Leute verhaftet und zum Kommissariat/Abschiebeknast La Verneda gebracht, wo sie am Tag danach dem Haftrichter vorgeführt und z.T. mit Auflagen freigelassen wurden. Ein Portugiese und ein Italiener wurden nach mehreren Tagen Haft abgeschoben.

Während die Gefangenen auf dem Kommissariat waren, versammelten sich 500 Leute auf dem Grünstreifen davor und übernachteten dort in Zelten. Am nächsten Morgen wurde die geplante Demo zur Börse verschoben, um für die Freilassung der Gefangenen zu demonstrieren. Ca. 700 Leute gingen dann gegen Mittag doch noch zur Börse.

Im linken und bürgerlichen Spektrum löste dieser B. einsatz scharfe Kritik aus. Der Rücktritt der politisch Verantwortlichen aus Madrid Julia Valdecasas, wurde selbst von bürgerlichen Parteien wie der ERC und IU gefordert, nachdem bekannt worden war, dass zivile B., maskiert und als DemonstrantInnen verkleidet aus den Mannschaftswagen heraus in die Demos gegangen waren und von dort aus mit den Steinwürfen gegen Banken etc. begannen.

Das Bündnis kritisierte das Vorgehen der B. und forderte ebenfalls den Rücktritt von Valdecasas, die jedoch vom Bürgermeister Barcelonas, Joan Clos, Rückendeckung bekam. In seiner Rede verteidigte dieser das Vorgehen der B. und rechtfertigte dies, in dem er den Bogen zu den Schüssen von Göteborg zog, wo Tage zuvor ein Demonstrant durch einen Schuss in den Rücken lebensgefährlich und 3 weitere DemonstrantInnen ebenfalls durch Schüsse verletzt worden waren. Er sagte, dass in Barcelona immerhin nicht mit scharfer Munition geschossen wurde (mit Gummigeschossen wohl, davon zeugten die zahlreichen Verletzten). Dieser Vergleich und der dabei angelegte Maßstab von staatlicher Gewalt gegen DemonstrantInnen sagt alles über den repressiven Charakter der staatlichen Macht aus.

Bereits Tage zuvor war in Barcelona der Polizeistaat spürbar geworden. Bereits am Tag vor den Gegenaktionen wurden allein im Stadtteil Gràcia über 300 Leute kontrolliert. Zudem waren die Plätze, auf denen die Gegenaktivitäten wie das Volkstribunal nach der Demo stattfinden sollten, von den B. großräumig abgesperrt.

Der Innenminister kündigte nach der Demo härtere Kontrollen an den Grenzen an. Italien nahm sich an dieser Aussage ein Beispiel und führte diese Grenzkontrollen vor dem Gipfel in Genua akribisch durch.

Obwohl letztendlich viele Aktivitäten ausfielen und die Repression und das Vorgehen der B. die öffentliche Diskussion bestimmte, so bewerteten teilnehmende Gruppen die Diskussionen und den Austausch den es gab als bereichernd und konstruktiv und die Aktivitäten als erfolgreich.

Barcelona, 24.7.01 C.I.I.S (Collectiu d'Informació Internacionalista i Solidària)

Brasilien: Gefangene waren selbst Schuld!

„Wenn es unsere Absicht war, ein Massaker anzurichten, wieso starben nur 111", sagt Ubiratan Guimaraes. Der ehemaliger Polizeioffizier wird angeklagt im Oktober 1992 bei der Erstürmung eines Zellenblocks im Carandiru Gefängnis in Sao Paulo, Brasilien, den Tod von 102 Gefangenen verursacht zu haben, um einen Gefangenenaufstand niederzuschlagen. Nach inoffiziellen Angaben von Menschenrechtsgruppen und Überlebenden liegt die Anzahl der Toten bei fast 300. Guimaraes bekennt sich unschuldig und behauptet, er hätte keine Befehle zu töten gegeben, und außerdem habe die Polizei nur aus Selbstverteidigung gehandelt. „Es waren 2.200 Insassen im Block 9 und mindestens 14 hatten Waffen." Guimaraes Anwalt Vicente Cascione kennt die wirklichen Verantwortlichen, „die Gefangene alleine waren für das Massaker verantwortlich." Und fügte hinzu, „die Insassen waren bewaffnet und die Polizei, die nicht hingeschickt wurde um Märtyrer zu werden, mußten sich verteidigen." – Das Gericht sieht das ganz anders und hat Guimaraes zu 632 Jahren verurteilt. 6 Jahre für jeden ermordeten Gefangenen und weitere 20 Jahre wegen fünffachen versuchten Mordes. Dennoch wird Guimaraes allerhöchstens 30 Jahren in Knast verbringen, die in Brasilien gesetzlich zulässige Höchststrafe. Cascione wird gegen die Verurteilung Berufung einlegen. Guimaraes, der bis zum Berufungsverfahren auf freiem Fuß bleiben wird, ist sich nach wie vor „keiner Schuld bewußt". *www.ananova.com*

Chile: Knastaufstand

Im Juni protestierten über 12.000 Gefangene in Chiles überfüllten Gefängnissen gegen den Tod von 26 Insassen zwischen 18 und 22 Jahren während eines Brandes im Gefängnis vom Iquique. Sie forderten verbesserte Haftbedingungen. Nach dem Tod einer Mitgefangenen, Jeanette Soto, steckten am 21. Mai Gefangene in Iquique eine Matratze im Brand. Soto hat sich selber angezündet, nachdem ihr der Besuch ihres sterbenden Bruders im Krankenhaus verweigert wurde. Auch als der Brand sich ausweitete, weigerten sich die Schließer, die Zellentüren aufzuschließen. Erst als die Feuerwehr auftauchte, wurden die Zellentüren geöffnet. Da es „keine Wasserschläuche gab und die Feuerlöscher alle entweder defekt oder zu klein waren", wie die Gefängnisleitung später zugeben musste, konnte das Leben der Jugendlichen nicht mehr gerettet werden.

Schon in Dezember letzten Jahres verbrannten sieben Gefangene in San Miguel, einem Vorort von Santiago, nachdem eine Gasflasche explodiert war. Auch damals waren die Gefangenen eingeschlossen, ohne Möglichkeit, sich selber zu retten. Und auch dort waren wie in Iquique nur drei Wächter im Dienst, als der Brand ausbrach. Ein anschließender Streik an dem über 10.000 Gefangene teilnahmen brachte keine Verbesserung. Nach Berichten der Vereinten Nationen hat Chile nach Panama und Costa Rica eine der höchsten Inhaftierungsquoten Lateinamerikas. Die neo-liberale Marktpolitik der 90er-Jahre hat ganze Regionen ökonomisch dezimiert und die Arbeitslosenquote zum ersten Mal seit fast 20 Jahren auf durchschnittlich 11% hochklettern lassen. Mit der ansteigenden Arbeitslosigkeit hat aber auch die Kleinkriminalität zugenommen, besonders unter den Jugendlichen. In den letzten beiden Jahren hat die Anzahl der Verhaftungen wegen einfachen Diebstahls um 40% zugenommen, Zweidrittel der Täter waren zwischen 15 und 24 Jahren alt. Seit 1999 verfolgt die Regierung eine ‚zero-tolerance'-Politik. Ca. 45% aller Gefangenen sind zwischen 16 und 29 Jahre alt, und etwa 60% sind noch nicht verurteilt worden. Um der Lage Herr zu werden, hat Präsident Ricardo Lagos von der sozialistischen Partei nur eine Lösung parat: „Die Verdoppelung der Kapazitäten des chilenischen Gefängnissystems ist der einzige Weg um dieses Problem zu lösen."
www.wsws.org/articles/2001/jul2001/chil-j05.shtml

Kolumbien: Befreiung aus Hochsicherheitsgefängnis

„Unser Ziel ist es, FARC-Gefangene aus den Gefängnissen des Staates herauszubekommen" sagt Jorge Briceno, Mitglied der Leitung der FARC, „da die Regierung sich weigert, Gefangene auszutauschen, sind wir gezwungen, sie so gut es geht selber zu befreien." 98 Gefangene, „inklusive Guerillakämpfer von der FARC, der ELN und andere soziale Gefangene" gelang die Flucht aus dem Hochsicherheitsgefängnis La Picota in Bogota, nachdem eine Einheit der FARC ein Loch in die Gefängnismauer gesprengt hatte. Ein weiterer Ausbruchsversuch in einem anderen Gefängnis in Bogota wurde von inhaftierten rechtsgerichteten Paramilitärs vereitelt. Bei der Auseinandersetzung zwischen Kämpfern der FARC und den Paramilitärs starben 10 Gefangene und weitere 22 wurden verletzt.

Nachdem die kolumbianische Regierung sich weigerte, ein am 2. Juni vereinbartes Abkommen über den Austausch von 42 gefangenen Soldaten und Polizisten gegen 15 FARC-Guerillas fortzusetzen, ergriff die FARC die Initiative. Sie befreite nicht nur ihre eigenen inhaftierten Kämpfer, sondern ließ am 28. Juni 242 gefangenen Soldaten und Polizisten frei. Zwei Tage später ließ sie weitere 62 Gefangene frei. „Es sollte der nationalen und internationalen Gemeinschaft klar sein, dass die FARC eine einseitige Freilassung von Kriegsgefangene vornimmt mit dem Ziel unseren unlöschbaren Durst nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit zu zeigen." Die FARC hält noch weitere 50 Militärs und Polizisten gefangen, überwiegend Offiziere. *www.workers.org*

Urgent Action

Junger Afro-Amerikaner soll in Texas hingerichtet werden

Hinrichtungstermin festgesetzt, obwohl der Mann zur Tatzeit noch minderjährig war

Am 25. August 01 soll im Todestrakt des texanischen Gefängnisses Livingston der dann 25-jährige Napoleon Beaazley hingerichtet werden. Ihm wird vorgeworfen, bei einem Autodiebstahl Mitte '94 den Besitzer des Wagens, John Lattic, erschossen zu haben. Der Gouverneur von Texas, Rick Perry, hält an dem Exekutionsdatum fest, obwohl Beaazley zur fraglichen Zeit erst 17 Jahre alt war. Das verstößt gegen Internationale Konventionen, nach denen niemand hingerichtet werden darf, der zur Tatzeit noch minderjährig war. Perry tritt damit in die Fußstapfen seines Vorgängers George Busch jr., der zu seiner Amtszeit als Gouverneur von Texas vier Männer hat hinrichten lassen, die zur Tatzeit noch nicht volljährig waren. 23 Weitere, alles afro-amerikanische Jugendliche, wurden während der Amtszeit von Busch zum Tode verurteilt. Sie alle sitzen in den Todestrakten texanischer Knäste in dem Wissen, dass der Countdown bis zu ihrer Exekution läuft.

Napoleon Beaazley wurde am 5.8.76 geboren. Zur Tatzeit war er 17-jähriger Jugendlicher mit einer großartigen Zukunft. Der Amateurboxer war texanischer Jugendmeister im Gewichtheben, eine Karriere als Profisportler stand ihm offen. Bis zu jenem verhängnisvollen Tag hat er quasi nur für den Sport gelebt. Nicht einmal Zeit für eine Freundin hätte er gehabt, erzählte er einmal rückblickend dem Bottroper Schriftsteller Artur K. Führer, der sich seit fünf Jahren um ihn kümmert. Vielleicht packte ihn die Abenteuerlust, vielleicht lernte er einfach die falschen Leute kennen. Jedenfalls ließ er sich auf diesen Autoklau ein, das hat er auch vor Gericht nie bestritten. Vermutlich überraschte John Lattic die Jugendlichen bei dem Diebstahl. Auf den unbewaffneten Mann wurde geschossen und er überlebte seine schweren Verletzungen nicht. Da John Lattic der Vater eines Bundesrichters war, stand die Polizei unter Aufklärungszwang: Sie wollten und bekamen ihren Täter. Napoleon Beaazley war der einzige der drei Jugendlichen, der bis dahin noch nicht vorbestraft war. Im Prozess bescheinigten ihm sein ehemaliger Schulleiter und der zuständige Dorfsheriff einen guten Leumund. Trotzdem glaubte die Jury - alles Weiße, von denen einer sogar mit dem Opfer geschäftlich verbandelt war - den anderen beiden Beteiligten. Diese sagten übereinstimmen aus, Beaazley habe geschossen. Sehr viel später würden sie diese Aussage zurücknehmen und behaupten von der Polizei und der Justiz dazu gezwungen worden zu sein. Napoleons Anwalt, ein Pflichtverteidi-

ger, konnte oder wollte ihm damals nicht helfen. Der Jurist hatte vorher noch nie eine Strafsache vor Gericht vertreten. Die Tatwaffe wurde bis heute nicht gefunden. Der american way of justice brachte den Jungen trotzdem in die Todeszelle, und am 25. August soll er nun hingerichtet werden.

Amnestie International (ai) hat den Fall Napoleon Beaazley zu einer urgent action - dringenden Aktion - erklärt. Tausende Unterschriften gegen die Hinrichtung wurden gesammelt, die in den nächsten Tagen bei den zuständigen Stellen abgegeben werden. Verbunden mit einem Schreiben an den zuständigen Begnadigungsausschuss, das Urteil ‚Todesstrafe' in eine Haftstrafe umzuwandeln, egal wie lang diese dann auch sein mag. „Wichtig ist jetzt erst einmal, die Hinrichtung zu verhindern", erläuterte Führer gegenüber jW. „Um alles andere kümmern wir uns dann."

Wer ai unterstützen möchte, kann das tun, indem Protestfaxe verschickt werden. Beispielsweise an den Bezirksstaatsanwalt Jack Skein jr., Fax: 001- 903-53 55 04 10. An Gouverneur Rick Perry, Fax: 001-512-463 18 49. Oder an die amerikanische Botschaft in Berlin, zu Händen dem Geschäftsführer Terry A. Snell, Fax: 030/238 62 90.

Wer die Bitte von ai nach Umwandlung des Urteils in eine Haftstrafe unterstützen möchte, kann das tun unter der Faxnr: 001-210-226 11 14 bei dem Vorsitzenden (Chairman) Victor Rodriguez.

Napoleon hat folgende Gefängnisadresse:
Napoleon Beaazley (999141), Terrel Unit, 120002 FM 350 South,
Livingston/Texas 77351.
Weitere Informationen gibt es bei ai in Bonn: 0228/983 73-0 (Tel.).

Birgit Gärtner



Free Mumia!

Bundesrichter lehnt entlastenden Zeugen ab

Der zuständige Bundesrichter William Yohn Jr. hat im Fall Mumia Abu-Jamal die Aussage eines entscheidenden Zeugen abgelehnt! Es handelt sich um Arnold Beverly, der aussagt, er und eine zweite Person seien beauftragt worden den Polizisten D. Faulkner zu beseitigen. Faulkner sei für korrupte Polizeibeamte und Drahtzieher des örtlichen Drogenhandels, Geldspielen und Prostitution mit seinen gründlichen Kontrollen zu gefährlich geworden.

Mumia wurde 1982 wegen des Mordes an Daniel Faulkner zum Tode verurteilt und befindet sich seitdem im Todestrakt. Wie schwerwiegend ist eine Aussage, die einen Todeskandidaten sofort vollständig entlasten würde! Der Richter begründet seine Entscheidung damit, dass Mumia seit Juni 99 von diesem Zeugen gewusst hätte und somit die Aussage nicht rechtzeitig eingereicht hat. Vor dem Hintergrund, dass Mumias altes Anwaltsteam (Mumia hat Anfang dieses Jahres seine Anwälte gewechselt) einer komplett anderen Strategie gefolgt ist und wahrscheinlich diese Aussage zu einem späteren, ihnen angemessen erscheinenden Zeitpunkt vorgelegt hätte, ist die Begründung des Richters mehr als fragwürdig!

Seit fast 2 Jahren prüft dieser Richter nun Mumias Fall, um festzustellen, ob sein damaliger Prozess unfair gewesen ist und ihm ein neues Verfahren zustünde.

Wie kann die Aussage eines entscheidenden Zeuge bei einem Todesurteil verweigert werden? Mumia Abu-Jamal steht mehr als jeder Andere zum Tode Verurteilte im Focus der Öffentlichkeit. Die rassistische und menschenverachtende Willkür der US-amerikanischen Justiz in seinem Fall setzt den Maßstab für Tausende, die durch die bloße Verweigerung eines entlastenden Zeugen einfach zum Tode verurteilt bzw. hingerichtet werden können.

Wir fordern Euch auf, dem amerikanischen Generalkonsulat Euren Unmut darüber telefonisch oder per Fax mitzuteilen! Die Aktion soll ab jetzt bis ca. 10. August laufen, danach sind weitere Neuentwicklungen zu erwarten.

Wie wir regelmäßig von Mumia AktivistInnen aus den USA erfahren, sind Anrufe und Faxe beim Konsulat keineswegs umsonst, all Das wird in Washington gemeldet. Beteiligt Euch Alle!
Amerikanische Botschaft Berlin
Neustädtische Kirchstraße 4
10117 Berlin
Tel. 030/ 2385174
Fax: 030/2386290



Hier ein Textvorschlag für das Fax:

Ich protestiere gegen die Entscheidung des Bundesrichters William Yohn Jr. in Pennsylvania, den Zeugen Arnold Beverly im Falle Mumia Abu-Jamal abzulehnen. Dieser Zeuge entlastet den Angeklagten komplett und eine Zulassung seiner Aussage vor dem Bundesgericht könnte die sofortige Freilassung Mumia Abu-Jamals zur Folge haben.

Die Begründung des Richters, die Aussage sei zu spät eingereicht worden, erscheint mir angesichts eines Todesurteils als menschenverachtend und unter keinen Umständen hinzunehmen.

FREE MUMIA!

E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Das **Angehörigen Info** erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P. : Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen :** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43188820, Fax : (040) 43188821, E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de **Herausgeber :** Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32. – Einzelpreis : 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM (Förderabonnement 30,00 DM), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto : Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. Herstellung und Drucklegung : GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 19 4. ***Redaktionsschluss für Nr. 249: So, 19.8.2001***